€ 2,60

26. März 2022 · 187. Jahrgang · Heft 6

Lübeckische Blätter

- Kirchenglocken im Krieg 77
- Erinnerungen an 1945 82
- Neue Herausforderung für die Bürgergesellschaft 84
- Unsere Bücher des Monats 85
- Das ist Grass – die neue Dauerausstellung 86
- Ausstellungen im Drägerhaus und in der Kunsthalle 88
- Filmkritik 91
- Über Freiheit 92
- Aus der Vorsteherschaft 96
- Meldungen 96
- Impressum U3

ZEITSCHRIFT DER GESELLSCHAFT ZUR BEFÖRDERUNG GEMEINNÜTZIGER TÄTIGKEIT

Sparkasse zu Lübeck

Die Zukunft kann man sich ausmalen. Und sich jetzt schon an ihr beteiligen. **Werden Sie Sinnvestor.**

In eine zukunftsfähige Welt zu investieren kann Sinn stiften und ganz neue Perspektiven schaffen – für Ihr Geld und die Gesellschaft. Entdecken Sie die neuen Anlagestrategien von Deka Investments.

Investieren schafft Zukunft.

Deka Investments

Jetzt in Ihrer Sparkasse oder auf deka.de

DekaBank Deutsche Girozentrale. Quellen Auszeichnungen: 1 Capital-Heft 03/2021 2 www.faz.net/Umweltchampions

Finanzgruppe

Lübeckische Blätter

26. März 2022 · Heft 6 · 187. Jahrgang · Zeitschrift der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit

Kirchenglocken im Krieg – Verlust und Rettung

Von Jan Zimmermann

Krieg tötet Menschen – wie jetzt in der Ukraine. Und er zerstört Kultur. In St. Marien mahnen die in der Palmarumsnacht 1942 herabgestürzten Glocken im Südturm bis heute. Die Idee, auch zerstörte Glocken zu bewahren, hatte schon der Lübecker Stadtbaudirektor Hans Pieper (1882–1946). Am 9. April, nicht ganz zwei Wochen nach dem Luftangriff, mit dem die Briten auf den seit 1940 währenden Luftkrieg über Großbritannien und über 40.000 zivile Opfer antworteten, schrieb Pieper an den nationalsozialistischen Bürgermeister Hans Böhmcker (dessen mächtiger, ca. 180 cm hoher „Grabstein“ bis heute auf dem Burgtorfriedhof protzt): „Auf meinen Rundgängen über Kirchenruinen usw. begegne ich oft interessanten Stücken ..., die es wert sind, daß sie aufbewahrt werden. So z. B. die deformierten Glocken in dem Schutt der Kirchen. Bleireste und verschmortes Kupfer der Kirchendächer, die Wetterfahnen und Turmspitzen und anderes mehr. Weiterhin interessante Stücke, die vom bautechnischen Standpunkt aus wegen ihres Verhaltens im Feuer wertvoll geworden sind. Ich erlaube mir folgendes vorzuschlagen: In jeder Kirche wird eine Kapelle dazu bestimmt, die Erinnerung an die Zerstörung der Kirche wachzuhalten. Eine geschmolzene Glocke auf entsprechendem Sockel bildet den Mittelpunkt. An den Wänden werden andere Stücke aus der betreffenden Kirche angebracht.“

In St. Marien blieben zwei geborstene Glocken, die Pulsglocke aus dem Jahr 1668 und die Sonntagsglocke von 1508, die älteste Glocke der Kirche, auf dem Boden der Turmkapelle liegen. Mit dem Wiederaufbau von St. Marien wurde diese Kapelle zugleich Gedenkort der Heimatvertriebenen aus den Ostgebieten, die hier regelmäßig Kränze ablegten: Die Kapellenfenster erinnern noch heute daran, aber mit der nachlassenden gesellschaftlichen Bedeutung von Flucht und Vertreibung aus dem Osten ist diese zweite Sinnstiftung der Kapelle kaum noch von Bedeutung. Die Mahnung gegen den Krieg aber bleibt zeitlos und leider immer wieder aktuell wie in diesen Wochen.

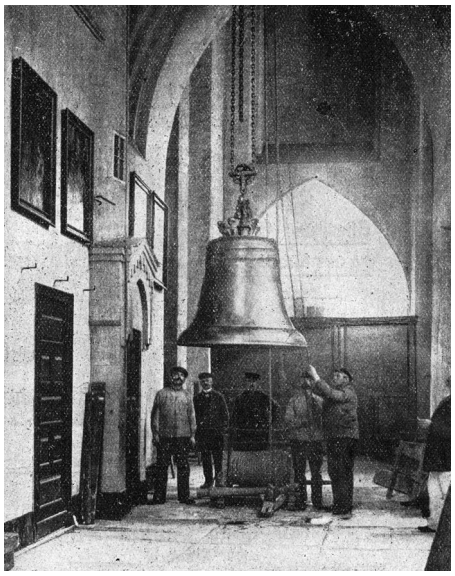
St. Marien, die Pulsglocke von 1668 im Brandschutt, kurz nach der Bombennacht

(Foto: Vintage Germany/Karl Braune)

St. Marien besaß 1942 insgesamt vierzehn Glocken. Sechs hingen im Südturm, sechs bildeten das Glockenspiel im Dachreiter, eine Stundenglocke hing ebenfalls im Dachreiter, eine gehörte zur astronomischen Uhr. Eine fünfzehnte Glocke, die aus dem Jahr 1650 stammende Rats- und Kinderglocke, war 1906 an die Heilanstalt Strecknitz gegeben und dort im neuen Turm aufgehängt worden. Sie ist die einzige Glocke von St. Marien, die den Zweiten Weltkrieg überstanden hat. Bedroht war sie aber auch – denn fast wäre sie der staatlich verordneten Metallspende zum Opfer gefallen, die in Deutschland und den von Deutschland besetzten Ländern zum Verlust von 150.000 kirchlichen und weltlichen Glocken geführt hat.

Bereits 1917 waren auf staatliche Anordnung Kirchenglocken eingeschmolzen worden, wobei die Beschlagnahme meist nur jüngere Glocken aus dem 19. Jahrhundert und frühen 20. Jahrhundert traf. Für Lübeck berichteten die Vaterstädtischen Blätter in der Rückschau auf 1917: „Willig fügte man sich allen Beschränkungen des Lebens, die das Jahr 1917 in reichem Maße mit sich brachte, um seinerseits am Durchhalten bis zum endgültigen Siege beizutragen. Nicht so einschneidend ins tägliche Leben wie die übrigen Beschlagnahmungen usw. war die Mobilmachung

Foto auf der Titelseite: Glockenfriedhof im Hamburger Hafen, 1947 (Foto: Vintage Germany/Theo Scheerer)



St. Petri, 1906: Aus einer schadhaften Glocke von 1775 hat M. & O. Ohlsson eine neue Glocke gegossen. Diese Glocke wird schon 1917 wieder abgenommen und eingeschmolzen
(Foto: Vaterstädtische Blätter)

der Kirchenglocken, an der Lübeck, die Stadt der vielen Glockentürme, ihren hervorragenden Anteil hatte. Das deutsche Volk hängt an seinen Glocken, die es mit besonderen Gefühlen umgibt; so sah man denn die Glocken, die von ihrem luftigen Sitz hinabstiegen, um sich zu Waffen umgießen zu lassen, mit besonderer Wehmut scheiden. Immerhin blieb unserer Stadt eine ganze Reihe Glocken ihres Alters und ihres Kunstwertes halber erhalten, so daß das Geläute in der Neujahrsnacht noch voll erklingen wird."

Im Dritten Reich gab es ein „Recycling" von Wertstoffen wie Papier und Metall bereits vor dem Zweiten Weltkrieg; auch in Lübeck wurde gesammelt. Doch waren diese Sammlungen freiwillig. Anders sah es mit der Beschlagnahme von Kirchenglocken aus. Wie schon einmal 1917 kam es 1940 zu einem Erlass, der die Beschlagnahme von Glocken als Teil einer umfassenden „Metallmobilisierung" ermöglichte. Am 15. März 1940 erging der Erlass des Beauftragten für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, zur Erfassung und Sammlung von Nichteisenmetallen. Bei den Kirchenglocken interessierte zunächst vor allem das enthaltene Zinn, dessen Vorräte für die Rüstungswirtschaft nur wenige Monate genügen würden. Die Reichsstelle für Metalle erarbeitete zusammen mit einem Konservator beim Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Richtlinien zur geschichtlichen und künstlerischen Bewertung der Kirchenglocken. In die Kategorie A fielen sofort abzuliefernde und einzuschmelzende Glocken. Die Glocken der Kategorien B und C mussten abgeliefert werden, wurden aber zunächst in Sammellagern verwahrt. Glocken der Kategorie D blieben an ihrem Ort. Hierzu gehörten die ältesten Glocken, die kunstgeschichtlich bedeutendsten, durch Verzierungen und Schriften besonders herausragende Stücke. In Lübeck gehörten die drei großen Pulsglocken vom Dom, von St. Marien und von St. Petri in die Kategorie D, aus St. Marien noch neun weitere. Alle gingen 1942 verloren.

Erfassung und Kategorisierung erfolgten auf der Ebene der Gaue. Eine dreiteilige Leitzahl diente zur Identifizierung der Glocken: Gau/Kreishandwerkerschaft/Glocke 1 ff., dazu kam der Buchstabe der Kategorie. So lautete die Leitzahl der Glocke der St.-Jürgen-Kapelle 4/12/22C. Die Kreishandwerkerschaft hatte die Abnahme der Glocken vorzubereiten und durchzuführen. Nach der Abnahme, die erst im Winter 1941/42 begann, wurden die Glocken zu sechs über das Deutsche Reich verteilten Schmelzhütten transportiert; ab Mitte 1942 wurden alle Glocken nach Hamburg gebracht, wo die Norddeutsche Affinerie das Einschmelzen übernahm. Als Aurubis AG besteht das Unternehmen in Hamburg-Veddel auch heute noch.

Eine Übersicht der aus Lübeck abgelieferten und nicht abgelieferten Glocken stellte kurz nach dem Krieg Willi Heins (1899–1970) zusammen. Er hatte Mitte der 1930er-Jahre die Lübecker Filiale der schwedischen Glockengießerei M. & O. Ohlsson übernommen, die neben der Herstellung von Glocken auch ein Verfahren zur Reparatur gesprungener Glocken entwickelt hatte. Als Schweißer hatte Heins schon für Ohlsson gearbeitet. Mehrere heute im Landeskirchenarchiv in Kiel verwahrte Listen aus der frühen Nachkriegszeit, die er für die evangelisch-lutherische Kirchenverwaltung zusammenstellte, umfassten 74 Glocken. Außer 71 Kirchenglocken führt die umfangreichste Liste je eine Glocke des Stadtgutes Niendorf, eine des „Amtes für Anstalten und Werkstätten" (Armenhaus, heute Aegidienhof) und eine vom Vorwerker Friedhof auf, letztere stammte ursprünglich aus St. Andreas in Schlutup. Die Liste ist nicht in allen Einzelheiten korrekt. So wurde eine Glocke von St. Aegidien ein Jahr später bei der Straßenbaumeisterei an der Autobahn bei Bad Oldesloe aufgefunden, britisches Militär hatte sie dort hinterlassen. Und eine andere, im Krieg „aus Russland zurückgeführte" Glocke, die die Liste dem Heiligen-Geist-Hospital zuordnete, war 1672 in Lübeck für die St.-Menas (Mina)-Kirche in Staraja Russa (Russland) gegossen worden. Sie wurde 2001 als Beutekunst zurückgeführt. Die Glocke der St.-Clemens-Kapelle, damals schon im Besitz des Museums, fehlt auf der Liste. Ansonsten aber bietet die Liste einen guten Überblick über das Schicksal der evangelischen und städtischen Lübecker Glocken:

1. Zwei Glocken von 1905 waren bereits 1914/18 eingeschmolzen worden (die Angabe über Verluste im Ersten Weltkrieg ist möglicherweise nicht vollständig)
2. 18 Glocken wurden zwischen 1941 und 1945 eingeschmolzen

Metallsammlung auf Marli, 1930er-Jahre *(Slg. J. Zimmermann)*

3. 21 Glocken wurden in der Palmarumnacht vernichtet
4. 12 Glocken waren nach Hamburg geliefert worden, kamen aber nach Kriegsende zurück.
5. Die restlichen Glocken überstanden den Krieg in den Kirchen, teils als Läuteglocken der Stadtteil- und der Landkirchen, teils abgenommen, aber nicht abgeliefert, wie bei St. Aegidien, St. Jakobi und St. Petri.

Abnahme von B- und C-Glocken aus St. Jakobi, Anfang 1942 (Foto: Julius Appel, Slg. J. Zimmermann)

Verluste im Ersten Weltkrieg

Eingeschmolzen wurden zwei Glocken aus der Glockengießerei von M. & O. Ohlsson, eine Läuteglocke von 1905 aus St. Aegidien und eine Läuteglocke von 1906 aus St. Petri, beide im Gewicht von etwa 2.000 kg.

Eingeschmolzen 1941-45

Den Kirchen aus der Kaiserzeit – St. Lorenz, St. Matthäi, St. Gertrud, St. Johannis in Kücknitz – blieb von ihren drei bis vier Glocken jeweils eine Läuteglocke – meist die kleinste. Diese Glocken der Kategorie A – alle von M. & O. Ohlsson gegossen – wurden eingeschmolzen, keine kehrte zurück. St. Aegidien verlor zwei kleinere Glocken durch das Einschmelzen, Genin und das Heiligen-Geist-Hospital verloren je eine. Drei Glocken der Lutherkirche wurden ebenfalls eingeschmolzen – was der Gemeinde heute eine Diskussion erspart, wie man mit Glocken umgehen muss, die Hakenkreuze tragen. Die Glocken aus Niendorf, aus dem Armenhaus und eine aus Behlendorf gingen ebenfalls nach Hamburg und kehrten nicht zurück.

Verluste durch Palmarum

In der Nacht vom 28. auf den 29. März 1942 wurden St. Marien, St. Petri und der Dom zerstört. St. Marien verlor dabei alle Glocken: Sechs aus dem Südturm, sieben aus dem Dachreiter, wo sechs von ihnen das Glockenspiel bildeten, das Thomas Mann in den Buddenbrooks erwähnt: „Das Glockenspiel von St. Marien setzte mit einem Chorale ein: pang! ping, ping – pung! ziemlich taktlos, so daß man nicht recht zu erkennen vermochte, was es eigentlich sein sollte, aber doch voll Feierlichkeit ...“. Als Verlust hinzu kam auch noch die Stundenglocke der astronomischen Uhr.

Der Dom verlor fünf von sieben Glocken, darunter die Pulsglocke, mit 7.900 kg die größte der Lübecker Glocken. Von den vier Glocken in St. Petri wurden die beiden größten zerstört, die 1507 von dem bedeutenden Glockengießer Gerhard van Wou in Kampen gefertigt worden waren. Einen Monat nach der Bombennacht schrieb Willi Heins an Bürgermeister Böhmcker: „Wie Ihnen bekannt, hatte ich früher die heimische Glockengießerei als eigen und hatten Sie mir damals auch die Lübecker Glocken als Betreuer derselben übergeben, und kenne ich somit diese genügend. Da ich noch heute sehr an dem Glockengießerhandwerk hänge, so stehe ich als geborener Lübecker Ihnen jederzeit zur Verfügung mit Rat und Tat. Wie ich annehme, dürften sämtliche Glocken nicht restlos zerstört sein, sondern können durch Schweißung erhalten werden. Als einziger Schweißer der Glockengießer fühle ich mich verpflichtet, meine Person in Erinnerung zu bringen, um somit hohe Kulturwerte evtl. zu erhalten. Ich persönlich habe viele alte Glocken mit bestem Erfolg geschweißt unter Herstellung des alten Tones sowie Erhaltung des alten Gusses.“ Ob Heins während des Krieges Aufträge erhielt, ist aus den Akten nicht ersichtlich.

Zurückgekehrte Glocken

Von den nach Hamburg transportierten, aber nicht eingeschmolzenen Glocken konnten 1947/48 zwölf Stück der Kategorien B und C nach Lübeck zurückgeholt werden. Das Glockenlager wurde inzwischen als „Glockenfriedhof“ bezeichnet, und ab 1947 wurden die Glo-

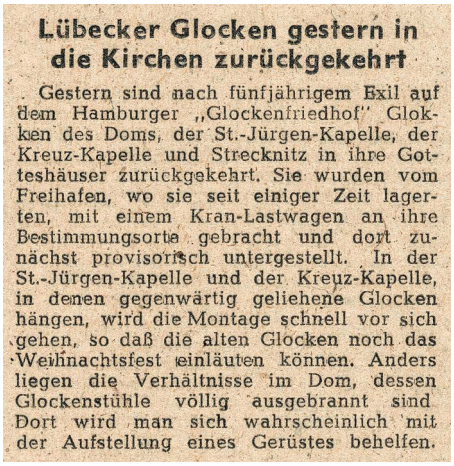
Abnahme einer Glocke aus St. Petri, Januar 1942. Diese Glocke von 1507 hängt heute in der Kirche Nusse (Foto: Julius Appel, Slg. J. Zimmermann)

Abnahme einer Glocke aus der Kapelle auf dem Vorwerker Friedhof, Anfang 1942. Diese Glocke stammte ursprünglich aus St. Andreas in Schlutup und wurde 1947 aus Hamburg wieder nach Schlutup gebracht (Foto: Julius Appel, Slg. J. Zimmermann)

cken, soweit möglich, an ihre Gemeinden zurückgegeben. Bereits im Juni 1945 hatte der schon erwähnte Willi Heins angeboten, sich um die in Hamburg lagernden Lübecker Glocken zu kümmern: „Wie ich hörte, befinden sich noch viele alte wertvolle Glocken in der Norddeutschen Affinerie in Hamburg-Veddel, die noch nicht verhüttet sind. Da ich diese Tage Gelegenheit habe nach dort zu fahren, so werde ich mir diese Glocken anschauen, um evtl. unsere Lübecker Glocken sicher zu stellen. Hierüber werde ich Ihnen später berichten.“ Das tat er zum Beispiel im September 1946: „Es lagern in Hamburg annähernd 15000 Stück Kirchenglocken verteilt auf vier verschiedene Plätze. Erfasst sind bisher etwa 7000 Stück, verladen in 42 Schuten. Noch nicht erfasst sind ca. 8000 Stück u. besteht daher die Möglichkeit, noch manche Glocke für Lübeck zu finden. Hin u. wieder wird auch eine signierte A Glocke gefunden. Da man bereits die holländischen und belgischen Glocken herausgesucht u. abtransportiert hat, so ist man jetzt dabei, die österreichischen Glocken herauszusuchen. Wie ich hörte, hofft man die deutschen Glocken im Frühjahr 1947 frei zu bekommen, zur Zeit hat der Engländer noch sämtliche Glocken beschlagnahmt. Vereinbarungsgemäß fahre ich jeden Monat nach Hamburg, um weitere Nachforschungen anzustellen, über die abgelieferten Glocken aus dem Bereich Westpreußen fehlen mir jegliche Unterlagen.“ Im Herbst 1947 war es dann so weit, Heins betreute auch die Rückkehr der Glocken. Zurück nach Lübeck kehrten u. a. zwei Glocken aus dem Dom, zwei Glocken aus St. Lorenz in Travemünde, womit dort das Geläut wieder vollständig war, eine aus Genin, eine aus Schlutup und eine vom Vorwerker Friedhof, die dann aber auch nach Schlutup ging, von wo sie ursprünglich stammte. Auch die Glocke der St.-Jürgen-Kapelle blieb erhalten. Glocken aus den ehemals deutschen Ostgebieten, die in Hamburg lagerten, wurden später unter Berücksichtigung einer jeweiligen Konzentration von Geflohenen und Vertriebenen in Westdeutschland verteilt, weshalb Lübeck und die umliegenden Gemeinden Glocken aus Danzig und Westpreußen erhielten; deshalb hatte Heins in seinem Schreiben schon 1947 die westpreußischen Glocken erwähnt. Prominentes Beispiel ist das Glockenspiel der Danziger Katharinenkirche, das 1953 in St. Marien eine neue Heimat erhielt. Ein Erbe des Hamburger „Glockenfriedhofs“ ist das Deutsche Glockenarchiv, das heute im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg verwahrt wird. Es enthält Karteikarten, Fotos und Zeichnungen, die unter der Leitung von Landeskonservator Ernst Sauermann in Hamburg angefertigt wurden.

In Lübeck verbliebene Glocken der Altstadtkirchen

Nach dem Luftangriff begann eine rege Auseinandersetzung mit dessen Auswirkungen auf die Kulturgüter. Fehler wurden ausgemacht – so die von Hans Pieper verfügte Einhausung von Kirchenschätzen mit Holz als Schutz vor Sprengbomben; den Brandbomben bot sie beste Nahrung. Zum anderen wurden aus Furcht vor weiteren Angriffen Kulturgüter von ihren Plätzen entfernt und außerhalb der Altstadt deponiert. Dazu gehörten auch bereits abgenommene, aber noch bei der Spedition Parbs am Güterbahnhof lagernde Glocken von



Lübecker Glocken gestern in die Kirchen zurückgekehrt

Gestern sind nach fünfjährigem Exil auf dem Hamburger „Glockenfriedhof" Glokken des Doms, der St.-Jürgen-Kapelle, der Kreuz-Kapelle und Strecknitz in ihre Gotteshäuser zurückgekehrt. Sie wurden vom Freihafen, wo sie seit einiger Zeit lagerten, mit einem Kran-Lastwagen an ihre Bestimmungsorte gebracht und dort zunächst provisorisch untergestellt. In der St.-Jürgen-Kapelle und der Kreuz-Kapelle, in denen gegenwärtig geliehene Glocken hängen, wird die Montage schnell vor sich gehen, so daß die alten Glocken noch das Weihnachtsfest einläuten können. Anders liegen die Verhältnisse im Dom, dessen Glockenstühle völlig ausgebrannt sind. Dort wird man sich wahrscheinlich mit der Aufstellung eines Gerüstes behelfen.

Lübecker Nachrichten, 6.12.1947

Glocken auf dem Hof der Spedition Parbs, Anfang 1942. Zu erkennen sind mit Ölfarbe aufgebrachte Leitzahlen der Glocken (Foto: Julius Appel, Slg. J. Zimmermann)

Zwei Glocken der Lutherkirche auf dem Hof der Spedition Parbs, Anfang 1942. Die 1936 gegossenen Glocken tragen oben eine Verzierung mit Hakenkreuzen, unten ist zu lesen „Gegossen von M. & O. Ohlsson im Dritten Reich unseres Führers". Auf der Glocke stand auf der Rückseite „Wach auf, wach auf, du deutsches Land". Beide Glocken eingeschmolzen (Foto: Julius Appel, Slg. J. Zimmermann)

St. Aegidien, St. Jakobi und St. Petri der Kategorien B und C. Angesichts der Verluste in der Brandnacht bemühte sich Landeskonservator Sauermann, für die erhaltenen Glocken eine neue Kategorisierung zu erhalten und ihren Abtransport zu verhindern. Mitte April 1942 stellte das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung einen entsprechenden Antrag an den Reichsbeauftragen für Metalle. Im Juni wurden die Glocken der drei Kirchen auf das Stadtgut Niendorf gebracht und dort während des Krieges eingelagert. Eine genaue Aufstellung, ob wirklich alle Glocken abgenommen waren, fehlt.

Die in Niendorf lagernden Glocken von St. Jakobi und St. Aegidien wurden unter der Leitung von Willi Heins bereits im August und September 1945 wieder aufgehängt. In St. Petri lagen, so Heins im Juni 1945, noch einige Glockenreste in der Kirche. Für die größere aus St. Petri vor Palmarum abgenommene Glocke entwarf Heins einen Glockenstuhl, der vor der Kirche Aufstellung finden sollte. Der Vorschlag wurde aber nicht umgesetzt, und so gelangte diese Glocke 1955 mit einem Leihvertrag an die Kirche in Nusse, wo sie bis heute hängt. 1507 von Gerhard van Wou in Kampen gegossen, erklingt sie seit einem halben Jahrtausend in Friedens- wie in Kriegszeiten. Hören und sehen kann man diese Glocke, die früher hoch über der Altstadt erklang, heute überall: Auf Youtube findet man mit den Suchwörtern „Nusse" und „Vollgeläute" ein Video von 2019 mit einer schönen Aufnahme der dortigen Glocken – die heute wieder einmal zum Frieden mahnen müssen.

Literatur und Quellen

Ernst Sauermann, Die deutsche Glocke und ihr Schicksal im Krieg, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege 10 (1952), Heft 1, S. 14-32.

Jonas Scherner, Lernen und Lernversagen. Die „Metallmobilisierung" im Deutschen Reich 1939 bis 1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 66 (2018), Heft 2, S. 233-266.

Klaus Schulte: Denkmalwerte deutsche Glocken. Verluste vor und nach 1945 – Glocken im Ostteil Berlins. Berlin 2019

Landeskirchliches Archiv Kiel, Akten der Lübecker Kirchenverwaltung.

Glockenfriedhof im Hamburger Hafen, 1947 (Foto: Vintage Germany/Theo Scheerer)

„Hier is bald allens parterre“

Erinnerungen an 1945 und Gedanken zu 2022

Von Hagen Scheffler

Wie sich die Bilder gleichen

Wieder hetzen verstört blickende Mütter in Europa durch die vom Krieg zerbombte Winterlandschaft, an der einen Hand ein Kind, in der anderen Hand ein Koffer, auf dem Rücken ein Rucksack. Kinder, wegen der eisigen Kälte dick eingemummelt, tragen einen kleinen Rucksack, in der freien Hand ein Spielzeug, oft einen Teddybären. Menschen auf der Flucht, die alles, was sie besaßen, zurücklassen mussten, jetzt auf der Suche nach Schutz, Geborgenheit, Frieden. Alles, was ihnen geblieben ist, tragen sie bei sich. Doch auf ihnen lasten vor allem Angst, Verzweiflung und Sorgen, wie sie, plötzlich auf sich alleingestellt, mit einer Situation fertig werden sollen, die vor wenigen Tagen noch unvorstellbar war. Sie brauchen Rat und Hilfe bei existentiellen Grundbedürfnissen: Wo gibt es Wasser? Eine warme Mahlzeit? Eine sichere Unterkunft? Ärztliche Hilfe? Voller banger Ungewissheit versuchen sie einen klaren Kopf zu bewahren: Wo sollen sie hin? Leben ihre Lieben noch?

Meine Mutter hat mir ihre Situation bei Bombenangriffen folgendermaßen beschrieben: „Ich handelte dabei rein instinktiv und habe oft gedacht, wenn du doch nur ein Soldat wärst, dann hättest du vielleicht gelernt, wie man sich im Krieg verhält. Wir Mütter mit Kindern waren schlimm dran!“

Freie Informationsvielfalt oder staatliche Propaganda

Januar 1945: unvorstellbar bitterkalte Wintertage: Mein polnisches Kindermädchen Pella brachte mich fast Fünfjährigen aus einer Kleinstadt nach Posen zu meiner Mutter, weil ich eine fiebrige Bronchitis bekommen hatte. Die Familie meiner Mutter lebte nach der Umsiedlungsaktion aus Riga 1939 aufgrund des Hitler-Stalin-Pakts wie zahlreiche Balten im Warthegau. Am 20. Januar tauchte plötzlich am frühen Nachmittag ein baltischer Freund auf, Offizier der Wehrmacht, und informierte meine völlig ahnungslose Mutter über den Ernst der militärischen Lage. Meine Mutter, die in Posen beim Reichsnährstand arbeitete, war völlig überrascht, saß versteinert da, hatte vom nahen Frontverlauf keine Ahnung. „Du hast eine Stunde Zeit, dann hole ich euch ab, wenn ihr aus Posen noch herauskommen wollt“, hatte der Freund unmissverständlich gesagt. Die NS-Propaganda hatte bis zum bitteren Schluss die Menschen in Unkenntnis gehalten und den hörbaren Kanonendonner als Gefechtslärm eines Übungsmanövers von deutschen Truppen verharmlost. Wer das glaubte, weil er über keine anderen Informationsquellen verfügte und zu spät die Flucht ergriff, wurde von sowjetischen Panzern überrollt – wie die gesamte Familie meiner Mutter.

Menschen heute in höchster Not, wie in der Ukraine, treffen ihre Entscheidungen auf einer ganz anderen Informationsgrundlage dank sozialer Medien, Rundfunk und Fernsehen. Freie Informationsvielfalt ist eine entscheidende Voraussetzung gegen überstürztes und manch sinnloses Handeln und entscheidet nicht selten über Leben oder Tod.

Nusstorte oder warme Sachen

Eine Stunde Zeit zum Entscheiden, Handeln, Einpacken. Was ist unverzichtbar? Aufbruch für immer oder nur für kurze Zeit? Es ist unvorstellbar und kaum in Worte zu fassen, was Menschen in einer so urplötzlich über sie hereingebrochenen Zeit durchmachen. Eine große Basttasche und ein Tornister mit warmen Sachen, einigen Hygiene-Artikeln, Medikamenten und etwas Essbarem waren schnell gefüllt. Mir, der ich fiebrig-quengelig war, hat meine Mutter ein Kindergartenkörbchen mit zwei kleinen Autos umgehängt. Der große weiße Teddy musste trotz aller Proteste dableiben. Die nervende Frage „Warum?“ überhörte sie einfach, für lange Erklärungen zum Thema „Flucht“ war keine Zeit. Es gab noch so viel Anderes zu bedenken.

Auf dem völlig überfüllten Posener Hauptbahnhof herrschte ein heilloses Durcheinander. Mit gezogener Pistole schaffte der befreundete Offizier für uns und für eine weitere Mutter mit Kind Platz in einem Abteil, indem er die „Goldfasanen“ (Parteigenossen), die es angeblich für die Übernahme „höherer Aufgaben im Reich“ besetzt hielten, aus dem Zug warf. Mit dieser mutigen Tat begann für uns eine lange, von vielen Unterbrechungen geprägte Flucht mit der Bahn. Einzelheiten habe ich vergessen oder verdrängt ... Aber in bleibender Erinnerung ist mir eine völlig aufgelöste junge Mutter neben uns. Ihre größte Sorge galt in all dem Getümmel ihrem Sohn an der einen Hand und einer Nusstorte in der anderen, die sie wie einen Schatz hütete. Die Voraussetzungen für ein gemütliches Kaffeetrinken waren natürlich nicht gegeben, doch die Situation der Hilf- und Kopflosigkeit der um Sohn und Torte kämpfenden Frau spricht Bände, Absurdität des Handelns in Kriegszeiten.

Flucht womit und wohin?

Damals wie heute ist ein Gedanke dominant: Nur nicht unter sowjetische oder russische Herrschaft geraten. Heute stehen für die Flucht aus dem Kampfgeschehen in der Ukraine diverse Transportmittel zur Verfügung: im Wesentlichen der eigene Pkw oder öffentliche Verkehrsmittel wie Bus und Bahn. 1945 gab es nur Trecks, so weit die Füße trugen, oder die Bahn. Alle Autos waren bereits 1939 staatlicherseits konfisziert worden. Die Mitnahme von viel und schwerem Gepäck war nur mit fahrbarem Untersatz möglich. In weiser Voraussicht hatte mir meine Mutter den großen und schweren weißen Teddy mitzunehmen untersagt, ich hätte ihn auf den längeren Strecken zu Fuß nicht tragen können.

Die ständigen Angriffe durch alliierte Bombergeschwader auf die Flüchtlinge und die Bevölkerung in den Städten haben sich mir tief in die Seele eingebrannt. Der warnende Heulton von Sirenen dringt mir heute noch jedes Mal durch Mark und Bein. Genauso ergeht es mir, wenn die Silvesterböllerei einsetzt. Die Geräusche von Raketenbatterien, die heute abgebrannt werden, erinnern in fataler Weise an das Dauerfeuer von Kriegswaffen, vom Maschinengewehr bis zur „Stalin-Orgel“.

Endlich in Berlin. Die Flüchtlinge suchten Unterschlupf bei Verwandten und Freunden oder in offiziellen Notunterkünften. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Meine Mutter fuhr nach Niederschöneweide, wo meine Oma zusammen mit einem Enkel wohnte. Nacht für Nacht gab es schwere Bombenangriffe, die wir im Keller des Hauses durchlitten. Auf das Ausmaß

der Zerstörung reagierte ein Nachbar mit einer leicht frivolen berlinerischen Redewendung: „Hier is bald allens parterre.“

Endstation und Neubeginn: Schleswig-Holstein

Wegen des täglichen Bombenterrors verließen wir schnell wieder Berlin. Ziel war fortan Neustadt in Ostholstein, wohin es die Braut meines Onkels und ihre Familie aus dem Osten verschlagen hatte. Dort hofften wir eine Bleibe und den Bruder meiner Mutter, meinen Onkel, zu finden. Auch heute werden von vielen ukrainischen Flüchtlingen, soweit vorhanden, als erstes Verwandte, Freunde oder Bekannte angesteuert, von denen sie sich Hilfe erwarten. Eine normale Verhaltensweise.

Nach längerem Aufenthalt in der Nähe von Lüneburg ging es am 11. April unter Tiefflieger-Beschuss nach Lübeck. Der Wartesaal hier glich einem „Massenasyl“, so erinnerte sich meine Mutter, „welche Bilder der Not konnte man da sehen!“ Unzählige Menschen lagen dort dicht gedrängt auf dem Fußboden – wie gestrandet. Aber es gab eine warme Suppe, die erst einmal guttat, dann wieder Fliegeralarm, den wir in einem großen Luftschutzbunker in der Nähe überstanden. Überfüllter Wartesaal, warme Suppe und Luftschutzbunker sind so meine ersten Eindrücke von der bereits 1942 durch Flächenbombardement stark zerstörten Hansestadt geworden.

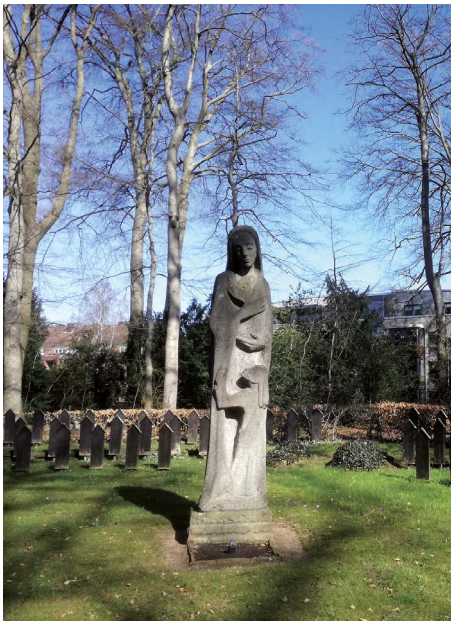
Mit großem Glück konnten wir am selben Tag Lübeck wieder verlassen und mit einem Zug nach Neustadt fahren. Als meine Mutter abends an der Haustür klingelte, wo die Braut meines Onkels wohnte, in der Straße „Am Heisterbusch“, bin ich, so meine Mutter, erschöpft auf den Treppenstufen zusammengesunken. Die Frau, die öffnete, war die Hauswirtin, die uns den Wunsch nach einem Plätzchen im Zimmer der Verwandten sofort schroff ablehnte. Nicht eine einzige Nacht wollte sie uns erdulden und forderte uns auf, umgehend das Grundstück zu verlassen. Ich war zu müde, um diese niederschmetternde Situation zu verstehen. Meine Mutter verschwendete kein weiteres Wort in diesem ungastlichen Haus, schleppte mich hinter sich her und klingelte in der Dunkelheit an allen Haustüren in der Straße, bis uns im Hotel „Wallburg“ geöffnet wurde, wo uns freundlicherweise sofort ein Gastzimmer mit weißbezogenen Betten zur Verfügung gestellt wurde. Welch eine wunderbare Schicksalswendung!

Ukrainischen Flüchtlingen bleiben heute hoffentlich solche Wechselbäder in Deutschland erspart. Sie erfahren eine Welle der Hilfsbereitschaft und Solidarität. Diese Form der Mitmenschlichkeit gab es 1945 auch, aber leider auch das Gegenteil.

Von Neustadt, das von Flüchtlingen überfüllt war, ging es teils per Bus von Grömitz, aber auch zu Fuß, weiter nach Cismar, wo wir im Gasthaus „Klosterkrug“ nachts stundenlangen Fliegeralarm mit dumpfem Dröhnen, Brummen und flackernder, gespenstiger Helle durchleben mussten. Das Haus war wie ausgestorben, wir saßen eng aneinandergekauert auf der Treppe bis zum Ende des Höllenspektakels.

Unsere Fluchtirrfahrt ging am nächsten Tag noch etwas weiter nach Guttau, ein Dorf, das eigentlich bis heute niemand kennt. Dort wurde uns in einem Haus, das von einer aus Hamburg evakuierten Familie bewohnt wurde, ein recht feuchtkaltes Zimmer „zugewiesen“, ausgestattet mit einem Bett, einem Tisch zwei Stühlen und einer Kommode. Es war der 14. April 1945: Nach drei schrecklich langen Monaten hatten wir das Ende unserer Flucht und auch, wie meine Mutter damals dachte, „das Ende der Welt“ erreicht. Wir zählten zu den Überlebenden, hatten aber alles verloren. Meine Mutter, promovierte Philologin, 30 Jahre alt, verwitwet seit 1941, hatte bis auf ihren schwer verwundeten Bruder die gesamte Familie mütterlicherseits und allen Besitz verloren, war auf dem Tiefpunkt ihres Lebens angelangt. Wie sehr mein Denken und Fühlen durch Krieg geprägt war, zeigte meine spontane Reaktion beim Anblick eines Ölgemäldes mit einer Gipfelgruppe der Alpen im Esszimmer unserer Wirtsleute: „Guck mal, Mutti, lauter Trümmer!“ Ein echtes Gebirge hatte ich noch nie gesehen.

Was bei Kriegsende nicht vorstellbar war: Dank vieler neuer Freunde und neuer Chancen und Möglichkeiten hat Schleswig-Holstein uns wieder Lebensmut und Kraft gegeben, das Flüchtlingsschicksal auch gegen mancherlei Widrigkeit zu meistern, hat uns geprägt und ist uns zur neuen Heimat geworden. Es war buchstäblich ein Neubeginn auf den Trümmern im Parterre.



Skulptur „Mutter mit Kindern“ von Joseph Krautwald aus dem Jahre 1963 auf dem Ehrenfriedhof Lübeck. Die Skulptur steht vor dem Grabfeld der Opfer des Angriffs in der Palmsonntagnacht. Die Figur aus Muschelkalk ist eng angelehnt an das sakrale Motiv der Schutzmantelmadonna.
(Foto: Hagen Scheffler)

Die Neonazis werden wieder aktiv in Lübeck – neue Herausforderungen für die Bürgergesellschaft in Zusammenhang mit den „Anti-Corona-Demonstrationen“

Von Hans-Ernst Böttcher

Im April 2011 hatte ich Anlass, in den Lübeckischen Blättern[1] einen Artikel zu schreiben, in dem ich dazu aufrief, die Zeitschrift, die Mitglieder der Gemeinnützigen und alle anderen aktiven Trägerinnen und Träger der Zivilgesellschaft möchten sich stärker in den Initiativen gegen die Neonazis in Lübeck beteiligen. Damals bestand, wie Sie sich erinnern werden, der Anlass darin, dass Jahr für Jahr zu Palmarum die Alt- und Neonazis Lübeck als ihre Kulisse benutzten und mit der heuchlerischen Anklage gegen „alliierten Bombenterror“ demonstrierten. Sie kamen dazu aus ganz Norddeutschland, wenn nicht aus Gesamtdeutschland und dem Ausland, zusammen. Es gab regelmäßig Gegenkundgebungen und in manchem Jahr ein Großaufgebot der Polizei, so 2011 in Stärke von 2.400 Beamtinnen und Beamten. In Lübeck war Träger des Widerstandes gegen die Wiedergeburt des Nazismus ein breites Bündnis „Wir können sie stoppen!“. Das Bündnis war erfolgreich, wie sich spätestens 2013 gezeigt hat: „Wir haben sie gestoppt!“ 2012 war der letzte Auftritt der Neonazis, ab 2013 fanden derartige Aufzüge nicht mehr statt.

Der Widerstand des demokratischen Lübeck gegen Neonazi-Aufmärsche bis 2012

Der Rückzug der Neonazis war nicht von selbst gekommen. Der Bürgermeister hatte 2012, wenn auch spät, eine Verbotsverfügung erlassen, beraten von Rechtsanwalt Dr. Klaus-Martin Groth/Berlin. Die Verwaltungsgerichte in Schleswig hatten diese zwar nur zum Teil bestätigt, aber am Ende war die Versammlung der Neonazis von der Zahl her kläglich und die Resonanz auf der eingeschränkten Strecke hinter dem Bahnhof mager. 2012 entstand denn auch vor Palmarum – gegründet u.a. durch die von mir 2011 angesprochenen Personen, Gruppen, Vereine und Institutionen – eine weitere Initiative, die 2012 und in den Folgejahren zeigte: Wir machen nicht nur „Gegen“- Demonstrationen, sondern zeigen aktiv und offensiv, von uns aus, dass wir das plurale, demokratische Lübeck sind und wie dies aussieht. Dazu trugen vor allem Stadtrundgänge bei, die über bedeutende Lübecker Demokraten und wichtige Daten und Orte der demokratischen Geschichte Lübecks und des Widerstandes informierten. Ich spreche von der Initiative „KlopfKlopf! Lübeck ist weltoffen.“

Es ist wieder Zeit, Farbe zu bekennen!

Die Zeiten haben sich geändert. Die Rechtsaußen der Politik treten nicht mehr im Outfit der alten Nazis auf. Auch ihre Organisationen haben sich verändert. Was als AfD zunächst in einige Landtage und dann mit einer Fraktion von fast 100 Personen 2017 in den Bundestag einzog, hatte sich – jedenfalls zunächst und in Teilen – im Äußeren wie in den Verlautbarungen eher bürgerlich gegeben. Das änderte sich und Jahr um Jahr, schon lange vor 2017, haben wir an vielen einzelnen Personen, dann an einem ganzen völkischen „Flügel“ gesehen (mag er sich auch jetzt formal aufgelöst haben): Die Gesinnung dieses „Flügels“ dominiert jetzt die gesamte Partei und es wird überdeutlich, dass sie insgesamt dem Grundgesetz, den Grundrechten aller und insgesamt der pluralen demokratischen Gesellschaft feindlich gesonnen ist. Aber nicht nur das: Die NPD, der das Bundesverfassungsgericht 2017 meinte eine Gnadenfrist gewähren zu können, wird auch wieder aktiv, wenn auch oft versteckt hinter den neuen Bundesgenossen.

Neonazis auf neue Art in Lübeck aktiv

Seit mehreren Monaten ist in Lübeck zu beobachten, dass sich Neonazis an die Spitze von frustrierten Bürgerinnen und Bürgern setzen, die aus den unterschiedlichsten persönlichen Motiven meinen, sie müssten sich gegen die durch Corona bedingten gesetzgeberischen und exekutivischen Maßnahmen auf den Ebenen von Bund, Ländern und Gemeinden wehren.

Die kundigen Mitglieder des Bündnisses „Wir können sie stoppen!“, das sich wieder aktiviert hat und mit Verlautbarungen und Kundgebungen gegenhält, haben schon früh auf die Drahtzieher und Organisatoren hingewiesen: Es sind stadt- und landesbekannte Neonazis, die von Anfang an die Versammlungen, Kundgebungen und Umzüge der „Corona-Gegner“ und „Corona-Leugner“ organisierten und – soweit sie es überhaupt für nötig hielten – als Versammlungen anmeldeten. Sie stellen auch die technische Infrastruktur (Lautsprecher etc.).

Sie ziehen nun jede Woche durch die Stadt. Inzwischen haben sie sich gespalten: Es gibt jetzt eine eindeutig als Neonazi-Gruppe einzustufende Teilmenge. Aber das heißt nicht, dass der Einfluss der „Wölfe im Schafspelz“ sich nicht auch weiterhin auf die andere, größere Gruppe erstreckt.

Ich sprach oben von den kundigen Mitgliedern des Bündnisses „Wir können sie stoppen!“, die der Öffentlichkeit Hinweise auf die Hintermänner (gelegentlich auch -frauen) der neuen Ultrarechten gegeben haben. Die Medien stellen diese und die Demonstrationen insgesamt hingegen mehr als harmlose Demonstranten dar. Dabei wissen sie es besser! Sie sind durchaus auch informiert worden und die Informationen waren und sind bestens belegt.

Wir fragen uns auch: Warum verschließen Polizei und Verfassungsschutz die Augen? Eigentlich müssten sie es doch – ihren Aufgaben und ihrer Erfahrung entsprechend – am besten wissen? Egal ob sie es nicht wissen oder es wissen und daraus nicht die gebotenen Konsequenzen ziehen (u.a.: das Wissen an die Versammlungsbehörde weitergeben): Müssen wir daran zweifeln, dass sie ihre Aufgaben erfüllen?

Und die Medien: Weder in den LN noch bei HL-live war das zu lesen (nicht einmal als sich aufdrängender Verdacht), was jeder weiß: dass jetzt (und erstmals mit einer größeren Zahl Mitlaufender) die Neonazis eine neue Form des in Frage Stellens der freien demokratischen Gesellschaft und der Autorität der Institutionen der Demokratie in Gemeinden, Bund und Ländern praktizieren. Konkret: dass sie Woche für Woche nun in dieser Form Lübeck als Kulisse benutzen, um auf Dauer die Axt an die Wurzel unseres Gemeinwesens zu legen.

Wie 2012: Die Bürgerinnen und Bürger sind gefordert

Es ist wie 2012 (und eigentlich: wie immer): Die Trägerinnen und Träger der Demokratie, die Einwohnerinnen und Einwohner Lübecks, auch in ihren Vereinen und Publikationen, die Verantwortlichen und Angehörigen der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, die Kirchen und andere Religionsgesellschaften, die

1 Heft 8, S. 122

Gewerkschaften, die politischen Parteien, alle samt ihren Jugendorganisationen, die Hochschulen und die Universität (Lehrende und Lernende!) ... und unter ihnen allen die Mitglieder und die Repräsentantinnen und Repräsentanten der Gemeinnützigen und ihrer Tochtergesellschaften müssen ihre Stimme erheben, ihr Potential mobilisieren, bei öffentlichen Kundgebungen mit Selbstverständlichkeit dabei sein, damit unsere Demokratie stabil bleibt und – auch in diesem Zusammenhang erinnere ich an 2012 – damit nicht der Name, der gute Ruf, die geistige und touristische Anziehungskraft der Stadt, das vielfältige Miteinander und das lebendige Stadtbild Schaden erleiden. Was schon lange vorher und 2012 dem Bündnis „Wir können sie stoppen!“ und ab 2012 ihm und „KlopfKlopf!“ gelungen ist, sollte auch 2022 gelingen: Der Stadtöffentlichkeit und der Welt zu beweisen, dass der Geist, die Politik und das äußere Erscheinungsbild der Stadt nicht durch Neonazis geprägt werden!

Unsere Bücher des Monats: Czernowitz, Lemberg, Mariupol

Von Jutta Kähler

Juri Andruchowytsch, ukrainischer Schriftsteller, Essayist und Übersetzer, erinnert daran, dass Lemberg, das unter seinem Namen Lwiw uns jeden Tag in den Nachrichten begegnet, von der britischen „Times“ 2008 der 3. Platz unter den Städten zugesprochen wurde, die man an einem Wochenende besuchen sollte. Zehn Jahre vorher wurde das historische Zentrum der Stadt in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufgenommen. Jetzt bereitet sich Lwiw auf russische Angriffe vor, jetzt wird die Statue des Adonis, des Gottes der Schönheit, in Planen eingewickelt, um sie vor Raketenangriffen zu schützen. An Franz Xaver Wolfgang Mozart, den Mitbegründer des Lemberger Musikvereins, denkt jetzt keiner mehr. Auch nicht an Leopold von Sacher-Masoch oder Stanislaw Lem, die gebürtigen Lemberger. Andruchowytsch zitiert das Motto Lembergs: „Semper Fidelis!“, „Immer treu!“. „Lemberg ist offen für die Welt.“ Das war 2017. Was kann aus dieser Devise werden?

Wie am 17. März 2022 schreiben, wenn man nicht weiß, wie kriegerischer Wahnsinn weiter um sich greift, wie die Situation in der Ukraine aussieht, wenn das nächste Heft der Lübeckischen Blätter eine Woche später ausgeliefert wird? Czernowitz ist die „Stadt der Bücher“, sagt Paul Celan, der ebenso wie die Lyrikerin Rose Ausländer in Czernowitz geboren wurde. Das heutige Motto der Czernowitzer, so Andruchowytsch, sei „Viribus Unitis!“, „Mit vereinten Kräften“, der persönlichen Devise Kaiser Franz Josephs entlehnt. Das zweite offizielle Motto: „Einzigartigkeit in Vielfalt“.

Andruchowytsch schildert beide ihm vertrauten Städte ganz anders, als die berühmte Fotografin Isolde Ohlbaum sie vor etwa fünf Jahren abbildet: abgeblätterte Wände, Basare voller Plastikblumen, von welker Flora überwucherte Ruinen, der alte jüdische Friedhof. Dagegen empört er sich innerlich. Was fehlt ihm auf den Fotos: „Das Gefühl, dass sich das Land verändert.“ Lemberg 2017, das ist „durch und durch Festival“, „eine Stadt, die durch und durch mit Jugend assoziiert ist.“

Mariupol – eine verwüstete Stadt, ohne Strom und Wasser; die Ukraine meldet am 17.3.22 einen Angriff auf das Theater. Die Stadt am Asowschen Meer ist zum Symbol für Tod und Zerstörung, aber auch für erbitterten Widerstand geworden. Vor fünf Jahren erschien Natascha Wodins Buch „Sie kam aus Mariupol“. Wodin, 1945 geboren, ist die Tochter russischer Zwangsarbeiter, die aus guten Gründen nicht in die Sowjetunion zurückkehrten, sich von Leipzig nach Nürnberg durchschlugen. Sie erlebt als Kind offenen Hass, Ablehnung. Dass die Eltern Zwangsarbeiter waren, wusste sie nicht. „Ich wusste nur, dass ich zu einer Art Menschenunrat gehörte, zu irgendeinem Kehricht, der vom Krieg übriggeblieben war.“ Von ihrer Mutter, die sich, schwer traumatisiert, 1956 umbringt, weiß sie fast nichts: Geburtsort Mariupol, das 1941 von der deutschen Wehrmacht besetzt wird. Als die Sowjets die Stadt zurückerobern, sind die Eltern schon in einem Zwangsarbeiterlager in Leipzig. Was gibt es sonst? Nur wenige Fotos der Mutter, einer schönen, jungen Frau mit unendlich traurigen Augen. Erst 2013 gibt Natascha Wodin in ihrem Haus am Schaalsee den Namen der Mutter in die Suchmaschine des russischen Internets ein, landet auf einem genealogischen Forum – das ist der Beginn einer umfangreichen Spurensuche, bis zum Schluss ein Stammbaum entsteht, von dem sie nichts ahnen konnte. Ein Konstantin versorgt sie über E-Mails mit Informationen über die Familie. Es entsteht mehr als eine Familiengeschichte, es ist eine Geschichte von „Revolution, Hunger, Weltkrieg, Bürgerkrieg und Gulag“. Geschichte erhält Gesichter. Der Urgroßvater war Adeliger, Großgrundbesitzer in Mariupol, wurde Hofrat, Schiffseigner und Direktor der Hafenzollbehörde. Die Urgroßmutter stammte aus baltendeutschem Landadel. Der Großvater mütterlicherseits war Revolutionär, noch zur Zeit des Zaren zu 20-jähriger Verbannung verurteilt, die Großmutter, italienischer Herkunft, großbürgerlich. Die Familie besitzt vor 1917 ein internationales Handelshaus, exportiert Getreide und Steinkohle. Ein Onkel war ein berühmter Opernsänger. Wodins Tante, studierte Germanistin, wird wegen konterrevolutionärer Umtriebe zu fünf Jahren Lagerhaft verurteilt. Ihre Memoiren schreibt sie als alte Frau auf. Als Wodin ihre Recherche beginnt, ist ihre Tante schon zwölf Jahre tot.

Wodins Mutter verlässt im August 1943 Mariopol. „Wie sah die Stadt zu jener Zeit aus? *Ganz Mariupol verbrannt, gesprengt,* schreibt der Beauftragte des Nationalkomitees Freies Deutschland, Friedrich Wolf, im selben Jahr an seine Frau in Deutschland. Das letzte Bild, das sich meiner Mutter von ihrer Stadt bietet, ist das einer gigantischen Zerstörung. Längst ist klar, dass der Krieg verloren ist, aber im letzten Moment verwüsten die deutschen Soldaten, was von Mariupol noch übrig ist.“ Schulen, Kindergärten, Bibliotheken, Getreide- und Wasserspeicher.

Ganz Mariupol verbrannt, gesprengt.

17. März 2022: „Wenn eine Hölle existiert, dann ist sie dort“, sagt eine aus Mariupol flüchtende Frau einem Reporter.

Literatur:

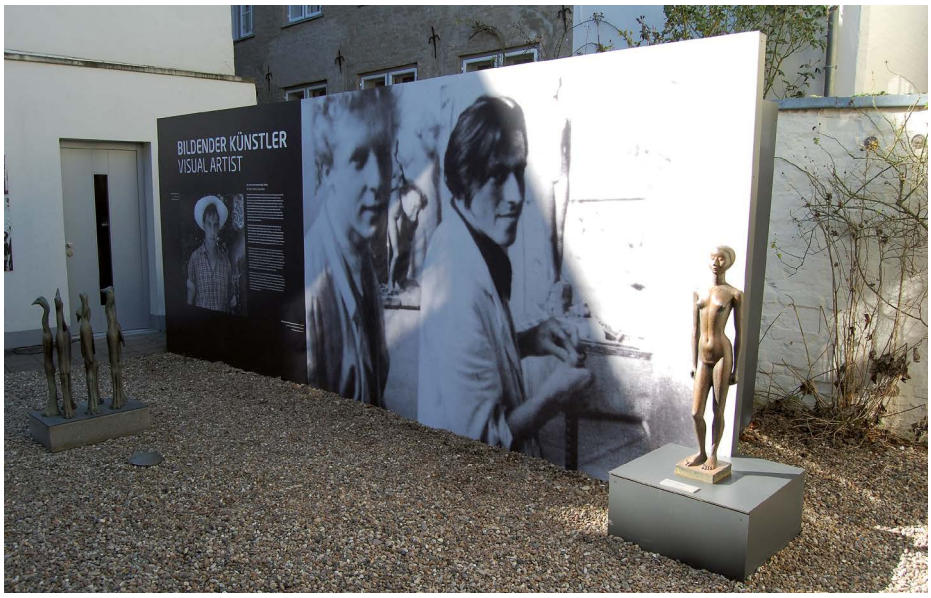
Isolde Ohlbaum, Jury Andruchowytsch: Czernowitz & Lemberg in Fotos und Text. Heidelberg (Das Wunderhorn) 2017

Natascha Wodin: Sie kam aus Mariupol. Reinbek (Rowohlt) 2017. Als Taschenbuch: Rowohlt 2022

Das ist Grass!

Von Karin Lubowski

Julia Wittmer, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Günter Grass-Haus, im neuen Offenen Archiv *(Foto: Karin Lubowski)*



Garten-Impressionen *(Foto: Karin Lubowski)*

Es ist geschafft: Mit nahezu komplett erneuerter Dauerausstellung zeigt sich das Günter Grass-Haus nun wieder dem Publikum. „Das ist Grass“ lautet der Titel. Feierlich eröffnet wurde die neue Präsentation in den Kammerspielen im Beisein von Kulturstaatsministerin Claudia Roth, die das Projekt von ihrer Amtsvorgängerin Monika Grütters übernommen hatte. Aus ihrem Haus stammt die überwiegende Förderung der neuen Ausstellung. Deren Kosten liegen „im sechsstelligen Bereich“, so Jörg-Philipp Thomsa, der Leiter des Grass-Hauses. Gelohnt hat sich der Aufwand unbedingt – nicht nur, weil der Tod des 2015 verstorbenen Bildhauers, Grafikers, Malers und Schriftstellers die Logik der alten Dauerausstellung verwirbelt hatte, auch weil die alte Präsentation schlichtweg an ihrem Alter laborierte.

Zehn Jahre: Das ungefähr ist die Lebenserwartung einer Dauerausstellung. Das Lübecker Günter Grass-Haus liegt da gut im Takt. Vor zehn Jahren wurde entworfen, was bis vor Kurzem zu sehen war. Im 20. Jahr seines Bestehens wartet das Forum für Literatur und Bildende Kunst mit einer durchkomponierten Präsentation auf. Vom Eingang über den Skulpturengarten in die Ausstellungsräume wandert man jetzt durch Leben und Werk des Literaturnobelpreisträgers. „Das ist Grass“. Der Titel sagt, worauf es dem Chef des Hauses, Jörg-Philipp Thomsa, und dem Ausstellungs-Architekten Matthias Ka-

Jetzt in der Garderobe zu studieren – die Zeitschiene zu Günter Grass, die sein Leben rückwärts bis zur Geburt erzählt *(Foto: Karin Lubowski)*

Einer von drei Dioramen der Künstlerin Sara-Christin Richters, die den Kaufmannsladen ergänzen (Foto: Karin Lubowski)

Die Nobelpreisurkunde für Günter Grass aus dem Jahre 1999 (Foto: Karin Lubowski)

minsky ankam: Eine aktuelle Übersicht, auch über den Bestand, der in den vergangenen Jahren erweitert wurde.

Als Museum ist das alte Bürgerhaus in der Glockengießerstraße eine Herausforderung. Architekt Kaminsky, ein Designer, Creative Director und Eventmanager, der bereits für Angela Merkel den Parteitag 2012 sowie den Wahlkampf 2013 ausrichtete, der als Eventorganisator für die Expo, die IAA, für Schalke 04 und Toyota arbeitete und seit 2018 Creative Director des DDR-Museums in Berlin ist, dachte groß in engen Räumen. Mit Grass' Kindheit und Jugend in Danzig werden Besucher in der Diele willkommen geheißen; auf einer Monitorwand verknüpft eine Filmcollage aus „Blechtrommel"-

Die Olivetti, auf der Günter Grass in Paris und in der Schweiz „Die Blechtrommel" tippte (Foto: Karin Lubowski)

und „Katz und Maus"-Szenen, historischem Material aus Danzig und neuem mit dem „Ärzte"-Schlagzeuger Bela B. als (Blech-)Trommler Biographisches mit künstlerischer Verarbeitung. Weiter geht es in den Skulpturengarten und die Nachkriegszeit (1946 bis 1956), in der Günter Grass zunächst nichts anderes als Bildender Künstler werden wollte. Zu den vorhandenen Skulpturen haben sich großformatige wetterfeste Fotos und ein Sitzmöbel gesellt, dessen zulaufende Spitze auf die Ausstellungsräume zeigt: Der Weg zum Schriftsteller, dessen LED-erleuchtete Signatur über dem Eingang zu lesen ist.

Der kunterbunte Kolonialwarenladen aus der „Blechtrommel" war durch nichts zu ersetzen, er ist geblieben und durch drei Dioramen mit „Blechtrommel"-Szenen der Künstlerin Sara-Christin Richter ergänzt. In der Garderobe nebenan ist eine neue Zeittafel untergebracht, die das Leben von Günter Grass rückwärts erzählt. Und dann steht man im 100 qm großen Dauerausstellungsraum vor einem Gebilde, das der Architekt „das Biest" getauft hat: Ein gewaltiges Ausstellungsmöbel, das das Kunststück fertigbringt, sich trotz seiner Größe elegant in den rund 100 Quadratmeter kleinen Raum einzufügen. In Schubladen und Vitrinen sind Zeichen- und Schreibwerkzeuge, Manuskripte, ein Skizzenbuch, Plastiken, Zeichnungen, Druckgrafiken, Aquarelle, Umschlagentwürfe, historische Dokumente und auch der berühmte mumifizierte Frosch zu entdecken. Blau-rote Markierungen an Griffen bedeuten: anfassen und öffnen erwünscht. Und es gibt viel zu öffnen und zu erkunden.

Hier, im „Biest", steht auch die Olivetti, auf der in Paris und in der Schweiz „Die Blechtrommel" getippt wurde, eine Leihgabe, von Sohn Bruno Grass zur Verfügung gestellt. Treppauf ist prominent platziert die 1999 in Stockholm verliehene Nobelpreisurkunde, die es gab, weil Grass „in munterschwarzen Fabeln das vergessene Gesicht der Geschichte gezeichnet hat". Und weil ohne moderne Technik nichts mehr geht, gibt es im Forum für Literatur und Bildende Kunst neben E-Guides und Touch Screens nun auch sogenannte Hyperboxen, die Exponate mittels „Augmented Reality" präsentieren – dies aber erfreulich unaufdringlich und mit hohem Wert für die Nutzer.

Die finden sich bei Grass in erstaunlicher, oft erschreckender Aktualität wieder: Dass sich der gebürtige Danziger in Werk und Leben den Themen „Flucht und Vertreibung" gewidmet hat, ist in der Ausstellung ebenso zu erfahren, wie seine Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus, Diktatur, Umweltzerstörung. Auch die Rednerinnen und Redner bei der Eröffnung in den Kammerspielen kamen nicht an diesen Themen vorbei. Bürgermeister Jan Lindenau erinnerte daran, dass Grass vor Putin und vor der Konfrontation mit der Nato warnte: „Er war kein Pazifist, aber ein Schriftsteller des Friedens." Die neue Dauerausstellung sei mittendrin in den Themen der Zeit, sagte Claudia Roth und weiter: „Was hätte Grass zu diesem verbrecherischen Krieg gesagt? Wir können es nachlesen – in der Danziger Trilogie, ‚Im Krebsgang', ‚Beim Häuten der Zwiebel'."

Aus der Not eine Tugend gemacht – Neue Ausstellung im Drägerhaus

Von Karin Lubowski

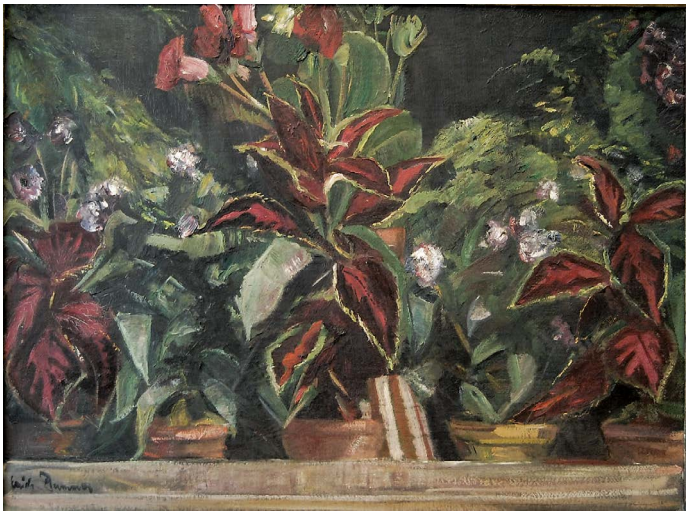
Not macht erfinderisch, heißt es. Dass aus der Not Geborenes offenbarenden Charakter annehmen kann, ist jetzt im Drägerhaus zu sehen. Weil das Behnhaus saniert wird und deshalb für voraussichtlich zwei Jahre geschlossen bleibt, ist unter der Regie Alexander Basteks, dem Leiter des Museums Behnhaus Drägerhaus, eine neue Dauerausstellung entstanden. „Von Caspar David Friedrich bis Edvard Munch. Die Highlights der Sammlung im Drägerhaus“ lautet der Titel der Schau, die bis zum Ende der Sanierung zu sehen sein wird und die außer bekannten Highlights auch nie zuvor gezeigte Werke präsentiert. Eine Notlösung ist diese Schau beileibe nicht.

Neue Blickachsen, ungewohnte Nachbarschaften, die spannende und manchmal auch spannungsreiche Vergleiche ergeben, Gemälde, die dem Betrachter wie so nie zuvor gesehen begegnen. Da hängen mit Ludwig Richters „Überfahrt am Schreckenstein“ von 1840 und Gotthardt Kuehls „Carolabrücke in Dresden im Abendlicht“ von 1902 zwei Blicke auf die Elbe nebeneinander: Mag der Fluß derselbe sein, es liegen Welten zwischen den Darstellungen. Richters Werk ist ein Neuzugang in der Sammlung. Er malt mit Kind, Jugendlichem, Erwachsenen, einem Brautpaar und altem Schiffer eine romantisch bedeutungsvoll aufgeladene Lebensfahrt, der Impressionist Kuehl zeigt 62 Jahre später pure lichtdurchtränkte Atmosphäre. Oder das in dunklen Farben gehaltene undatierte Blumenfenster Erich Dummers, das sich an Maria Slavonas heiterem „Herbstblumenstrauß in weißer Vase“ von 1920 zu reiben scheint. Ob da ein männlicher und ein weiblicher Blick auszumachen ist? Für Bastek wäre das durchaus ein Diskussionsthema.

Das Nebeneinander und Gegeneinander beginnt gleich am Entrée zur Ausstel-

Elbblick 1: Ludwig Richter, „Überfahrt am Schreckenstein“, 1840, eine Neuerwerbung (Foto: Karin Lubowski)

Elbblick 2: Gotthardt Kuehl, „Die Carolabrücke in Dresden im Abendlicht“, 1902 (Foto: Karin Lubowski)



Blumen 1: Erich Dummer, „Blumenfenster“, undatiert (Foto: Karin Lubowski)

Blumen 2: Maria Slavona, „Herbstblumenstrauß in weißer Vase“, 1920 (Foto: Karin Lubowski)

lung in der Dräger-Diele, die demnächst zugleich der Startpunkt zu den „Buddenbrooks“ sein wird, die – auch wegen Baumaßnahmen – zu einer Interimsausstellung aus der Mengstraße ins Behnhaus übergesiedelt waren und dort nun ebenfalls weichen mussten. An dieser Schnittstelle hängt u.a. Kuehls „Lübecker Waisenhaus“ neben dem „Kinderkarneval“ seines Zeitgenossen Friedrich August von Kaulbach, der eine großbürgerliche und damit gänzlich andere Lebenswelt zeigt. Rechts auf Kaulbachs Darstellung ist Katja Pringsheim zu sehen, die spätere Frau des „Buddenbrooks“-Autoren Thomas Mann. Gegenüber schlägt dessen von Max Slevogt gemalte Förderin Ida Boy-Ed einen weiteren Bogen zur Schriftstellerfamilie.

Treppauf sind auf reduziertem Raum rund 120 Gemälde nebeneinander und gegeneinander gehängt: Norddeutsches wie die Ostseeansichten Caspar David Friedrichs, Italienisch-Religiöses wie vom Nazarener Johann Friedrich Overbeck; Liebermann, Slevogt, Corinth. Natürlich ist Edvard Munch dabei. Auch Kirchner, Pechstein, Macke, Beckmann, Modersohn-Becker, Feininger, Dummer – alte Bekannte, die in dieser Ausstellung zu neuen Begegnungen werden. Dazu gesellt sich bisher nicht Gesehenes: Außer der neuen Dauerleihgabe „Überfahrt über die Elbe am Schreckenstein“ von Ludwig Richter die Neuerwerbung einer Studie Kuehls zum Gemälde „Gesangsstunde“ oder Albert Aereboes 2018 geschenkte Darstellung seines Vaters Carl, der Pastor am Dom zu Lübeck war und der nun neben dem Selbstbildnis seines Sohnes im – fiktiven – Zimmer eines Domturmes zu sehen ist. Ein aus dem Depot gehobener Schatz ist das „Bildnis Heinrich Jacob Altenrath“ von Friedrich Carl Gröger.

Im Flügel ist vorwiegend das 19. Jahrhundert versammelt, im Vorderhaus mit Impressionisten, Expressionisten und Vertretern der neuen Sachlichkeit das 20. Jahrhundert. Eine strenge Chronologie gibt es nicht, vielmehr haben sich Bastek, der seinen Blick auf die Sammlung konservativ nennt, und Volontärin Jana Kunst, die den Schätzen des Hauses ganz unvoreingenommen gegenübergetreten ist, daran gemacht, museale Traditionen gegen den Strich zu bürsten. Da wird im Nazarener-Raum der religiöse Overbeck mit der Neuen Sachlichkeit aus den 1920er-Jahren konfrontiert, Albert Aereboes „Totes Lamm“ lenkt den Gedanken zum „Lamm Gottes“, ist aber eindeutig ein Werk des 20. Jahrhunderts. Die neuen Nachbarschaften tun neben Overbeck insbesondere auch Caspar David Friedrich gut.

In dieser Ausstellung werden sich bis zu ihrem Ende immer mal wieder Änderungen geben, sagt Bastek. Er kann in Lübecks Galerie des 19. Jahrhunderts und der Klassischen Moderne aus dem Vollen schöpfen. „Man sagt so oft, jemand habe aus der Not eine Tugend gemacht“, sagt er. „Diesmal stimmt es wirklich.“ Bastek hat recht.

Vater-Sohn 1: Albert Aereboe, „Porträt des Vaters Carl Aereboe“, Pastor am Dom zu Lübeck, 1924 (Foto: Karin Lubowski)

Vater-Sohn 2: Albert Aereboe, Selbstbildnis, 1924 (Foto: Karin Lubowski)

Typisch weiblich? – Modefotografinnen in der Kunsthalle

Von Karin Lubowski

Mit ihrer letzten Ausstellung in Lübeck zeigt Antje-Britt Mählmann noch einmal, was für Fußstapfen sie in Lübeck hinterlässt – große nämlich. „Female View. Modefotografinnen von der Moderne bis zum Digitalen Zeitalter“ ist der Titel der spektakulären Schau, die die Kuratorin der Kunsthalle St. Annen konzipiert hat und die bis zum 3. Juli 2022 zu sehen ist: Das Who’s Who international arbeitender Modefotografinnen, das sich aus dem Who’s Who internationaler Leihgeber rekrutiert.

Gibt es den weiblichen Blick in der Kunst? Vielmehr als um eine Antwort auf diese Frage sei es ihr darum gegangen, ein Gleichgewicht herzustellen. Noch nämlich wird die Modefotografie vom männlichen Blick auf vorwiegend weibliche Körper und Mode dominiert. Wer durch die Lübecker Ausstellung wandert, muss sich fragen, warum das eigentlich so ist. Zu sehen sind rund 150 Fotoarbeiten von 21 Frauen, es sind Arbeiten höchster Qualität und großer Sensibilität.

Sinnlichkeit. Wenn man denn typisieren will, dann passt diese Vokabel am ehesten auf die Bilder der Frauen von Frauen. Doch man muss fair bleiben: Das können auch Männer. Es sei die Art zu arbeiten, die die meisten Frauen von den meisten Männern unterscheidet, sagt die Fotografin GABO, die Yoko Ono und Eva Padberg, Alexandra Maria Lara und Jessica Schwarz fotografiert hat. Männer machen Ansagen am Set, Frauen arbeiten im Team. Das ist ihre Erfahrung – nicht nur hinter der Kamera, sondern früher auch davor, als Model. Ihrer starken Yoko und der verschmitzt Spaghetti essenden Eva gegenüber hängt großformatig Claudia Schiffer, aufgenommen von Ellen von Unwerth.

GABO vor ihren Fotos von Jessica Schwarz (2017, links) und Eva Padberg (2012)
(Foto: Karin Lubowski)

Kuratorin Antje-Britt Mählmann und die Künstlerin Liv Liberg vor Liber-Fotos
(Foto: Karin Lubowski)

Allein GABO und Unwerth sind zwei große Namen in der Modefotografie, dazu gesellen sich in der Lübecker Ausstellung Werke beispielsweise von der jüdisch-deutschen, 1942 in Sobibor ermordeten Fotografin Yva, von Ute Mahler und Sibylle Bergemann, beide Fotografinnen in der DDR, von Deborah Turbeville, die den 1970er-Jahren Gesichter gibt, von Alice Springs, der Frau von Helmut Newton, die mindestens so talentiert ist wie dieser, von der 1992 geborenen Niederländerin Liv Liberg, die im Alter von 10 begann, ihre Schwester Britt zu fotografieren, oder von der 1997 in Jamaika geborenen Amber Pinkerton, die alternative Vielfalt in Szene setzt.

Zu besichtigen ist in dieser Schau auch die Zeit im Wandel. Lee Miller, die in den 1940er-Jahren für die „Vogue“ arbeitete, stellt eines ihrer Models vor Trümmer, über einem anderen ist ein Flieger festgehalten: Es ist Krieg. Charlotte March befreit die Models in den 1960er-Jahren vom Image der Laufstegpuppe, die Britin Nadine Ijewere bricht aktuell mit ihrem Fokus auf Individuen das festgefrorene Schönheitsideal auf. Ja, es geht immer noch um Mode und um Körper, die die Mode präsentieren. Ob die Blicke der 21 Künstlerinnen typisch weiblich sind – das Publikum ist eingeladen, darüber zu urteilen. Außergewöhnlich sind sie allemal. Außergewöhnlich ist auch die Liste der Leihgeber u. a. mit der Alice Black Galerie, London; CAMERA Work, Berlin; CLM, London; Deichtorhallen, Hamburg; Museum für Kunst und Gewerbe, Hamburg; Helmut

Geburt – Leben – Tod. Jeder Teil des Lebens
verdient Liebe, Würde und Respekt.

Ob Erd- oder Feuerbestattungen, im Friedwald, auf See oder anonym –

Wir informieren Sie kompetent und umfassend und stehen Ihnen zur Seite.

Telefon 0451-
79 81 00

Wir sind Tag & Nacht für Sie erreichbar.

Balauerfohr 9
23552 Lübeck
www.schaefer-co.de

BESTATTER VOM HANDWERK GEPRÜFT
schäfer&co
Bestattungsgesellschaft

Newton Foundation, Berlin; Ellen von Unwerth Studios, Paris. Zur Ausstellung ist ein bebilderter Katalog (Verlag Hatje Canz, 192 Seiten) erschienen, er kostet 38 Euro und ist im Museumsshop erhältlich.

Antje-Britt Mählmann wechselt zum 31. März 2022 als künstlerische Direktorin zum Museum Schloss Moyland in Bedburg-Hau, wo einer der weltweit größten Bestände des Künstlers Joseph Beuys versammelt ist. Hans Wißkirchen, Leitender Direktor der Lübecker Museen, gibt ihr dies mit auf den Weg: Sie habe für die Kunsthalle St. Annen den Anschluss an die aktuelle Kunstszene geschafft.

Fotografien von Alice Springs *(Foto: Karin Lubowski)*

Filmkritik: „Niemand ist bei den Kälbern“

Mit „Niemand ist bei den Kälbern“ widmet sich Sabrina Sarabi (Regie) gleich einer ganzen Wagenladung an Problemen: Der scharfen Abgrenzung von Stadt- und Landverhältnissen, der Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben, der Ziellosigkeit junger Menschen – und mittendrin ein junges Paar, das an all dem zu zerbrechen droht.

Christin (Saskia Rosendahl) lebt in Schattin, mitten in der Provinz von Mecklenburg-Vorpommern. Nicht unbedingt das gelobte Land für eine 24-jährige Frau, dem ist sie sich bewusst. Eigentlich sehnt sie sich nach dem Großstadtleben, will dem behüteten, aber einengendem Dorfdasein entfliehen. Zusammen mit ihrem ein Jahr älteren Freund Jan (Rick Okon) lebt sie auf dem Viehhof ihres Vaters und verdingt sich als Landwirtin. Doch das plötzliche Auftauchen eines älteren Mannes – dem Windkraftingenieur Klaus (Godehard Giese), der örtliche Wartungsarbeiten durchführt, lässt den Alltag von Christin aus den Fugen geraten. Für sie ist klar: Sie muss raus aus dem ländlichen Gefängnis, weit weg in die Metropole.

Sabrina Sarabi präsentiert mit ihrer Verfilmung der gleichnamigen Romanvorlage von Alina Herbing (geboren 1984 in Lübeck) ein Vorzeige-Drehbuch. „Niemand ist bei den Kälbern“ behandelt so authentisch wie ungeschönt das vegetative Dasein eines jungen Paares, das sich selbst so wenig nahe ist wie seiner Umgebung, der sie am liebsten entfliehen möchten. Das Landleben dient als bloße Kulisse, entzaubert das naturelle Idyll als bloße Abfolge mechanisch wirkender Handlungen, die unabwendbar auf die Verzweiflung der Protagonisten hinauslaufen.

Sarabi geizt nicht mit Obszönitäten und Anzüglichkeiten, lässt ihre Christin mit Vorliebe zur Flasche greifen oder präsentiert sie in knapper (und für die Feldarbeit wohl eher unvorteilhafter) Sommerbekleidung. Es ist der kläglich-verzweifelte Versuch, dem gefühlstauben Gefängnis der Provinz noch überhaupt einen Anflug von Emotionen zu entlocken und „gesehen“ zu werden: Ein Hilferuf, der nicht erhört werden kann, weil das Dorf zu klein und die befreiende Stadt zu unnahbar erscheint.

„Niemand ist bei den Kälbern“ ist ein nischiges, aber vor allem ernsthaftes Kunstwerk; eine echte Wohltat im Morast der sonst so häufig zum Fremdschämen einladenden deutschen Kinolandschaft – und ein Film, für den Saskia Rosendahl ohne jeden Zweifel absolut verdient beim Filmfest Locarno als beste Hauptdarstellerin ausgezeichnet wurde! *Tom Lubowski*

Die Gemeinnützige

Sie finden uns auch im Internet:

www.luebeckische-blaetter.info

www.unser-luebeck.de

Über Freiheit

Kleine Anmerkungen zu einem großen Thema in Zeiten von Klimakrise und Pandemie

Von Hans-Peter Löser

Kaum ein Begriff wird so vielschichtig verwendet, interpretiert und missbraucht wie der von der Freiheit. Seine Bedeutung ist in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation, wo Einschränkungen von Grundrechten wegen der Pandemie an der Tagesordnung sind, so umstritten wie selten zuvor. Die weltweite Bedrohung durch das neuartige Coronavirus stellt die gesamte Menschheit vor neue, historisch in dieser Dimension noch nie dagewesene Probleme. Gerade in freiheitlichen Demokratien darf deshalb nicht verwundern, dass die damit einhergehenden wissenschaftlichen, ethischen und politischen Fragestellungen eingehend öffentlich diskutiert werden. Der Streit darüber, wie mit der Pandemie umzugehen sei, reicht von der Verfassungsmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit staatlicher Maßnahmen bis zur Leugnung der Existenz des Virus. Im Mittelpunkt steht dabei der Freiheitsbegriff der Demokratie. Deshalb erscheint es sinnvoll, einige grundlegende Überlegungen zum viel diskutierten Thema Freiheit und seiner Bedeutung für das Zusammenleben der Menschen anzustellen.

„Machen, was ich will“ verstehen wohl die meisten unter Freiheit. So wird sie auch im Allgemeinen als Wahlfreiheit in Bezug auf verschiedene Handlungsmöglichkeiten definiert. Ihr Wesen besteht in der Chance zur Entfaltung des freien Willens der Persönlichkeit bei Abwesenheit von jeglichem Zwang. Historisch gestaltete sich der Kampf um Freiheit langwierig und voller Widersprüche. Erst mit der Formulierung demokratischer Verfassungen gelang es, Freiheit als zentralem Element des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu etablieren. Grundlage dafür waren philosophische Reflexionen und Debatten über den Freiheitsbegriff, die bis heute einem ständigen ideengeschichtlichen Wandel unterliegen. Von besonderem Interesse ist dabei, wie das Thema Freiheit im Blick auf verschiedene soziologische und politische Zusammenhänge gesehen wird. Aktuell steht es beim Umgang mit der Pandemie im Fokus.

Kulturelle Freiheit

Wenn von Freiheit die Rede ist, geht es meist und vorrangig um die Meinungs- und Redefreiheit, die Pressefreiheit und um die Freiheit von Kunst und Kultur. An diese Arten von Freiheit werden zu Recht hohe Anforderungen gestellt. Ihre Grenzen wurden auch durch die Rechtsprechung sehr weit gezogen. Das gilt ganz besonders für die Pressefreiheit, die als einer der Grundpfeiler der Demokratie angesehen wird. Die neuen digitalen Medien haben allerdings nicht nur für nahezu alle den Zugang zu Informationen und die Möglichkeit zur eigenen Beteiligung am öffentlichen Diskurs nahezu grenzenlos erweitert. Sie haben auch den Raum geöffnet für eine inzwischen dominierende Minderheit, die in den sogenannten sozialen Medien mit Hassreden und Lügengeschichten auf bösartige Weise die Kommunikation vergiften und damit zu einem hässlichen Ort der Gesellschaft machen. Immer wieder versuchen deren Protagonisten die Meinungsfreiheit für ihre Angriffe auf die Menschenwürde anderer und für ihre die Wahrheit verfälschenden Äußerungen in Anspruch zu nehmen. Die Versuche, diese negative Entwicklung durch Reglementierung einzuschränken, haben bisher nur bescheidenen Erfolg gebracht. So können aus dem Ausland agierende Plattformen wie Telegram, die von rechtsradikalen Kreisen zur Mobilisierung ihrer Anhänger und bis hin zu Morddrohungen gegen Politiker genutzt werden, kaum dazu gebracht werden, gegen diese Aktivitäten vorzugehen.

Jedoch auch in der linken Szene sind mit identitätspolitischen Initiativen gegen sogenannte kulturelle Aneignung und Aktivitäten der „Cancel-Culture“-Bewegung Tendenzen zu beobachten, die zu einer Bedrohung für die Meinungsfreiheit werden können. Über diese Entwicklungen, die aus den USA kommen und dort inzwischen von kritischen Intellektuellen deutlich zurückgewiesen werden, hat die französische Kulturwissenschaftlerin Caroline Forest ein Buch mit dem Titel „Generation Beleidigt“ geschrieben. Jutta Kähler hat darüber in den Lübeckischen Blättern eine lesenswerte Buchbesprechung veröffentlicht (Heft 8, 2021, S. 128). Mit dem Vorwurf des Neokolonialismus und Rassismus greift die Identitätsideologie Versuche an, sich von fremden Kulturen inspirieren zu lassen und Teile von diesen zu übernehmen oder zu reproduzieren als unzulässige kulturelle Aneignung an. Das ging so weit, zu unterbinden, dass Weiße Gedichte von Schwarzen übersetzen. Der zu Recht verlangte Respekt vor kultureller Andersartigkeit und Eigenheit kippt durch Übertreibung in das Gegenteil kultureller Segregation bis hin zur Ausgrenzung. Die Linke verfehlt damit nicht nur ihr zentrales Thema der sozialen Ungleichheit, sondern gerät in gefährliche Nähe zur nationalistischen Identitätspolitik Rechtsradikaler. Davon abgesehen droht kulturelle und kommunikative Verarmung, wenn man bedenkt, dass bedeutende kulturelle Leistungen wie die Jazzmusik und die Weltmusik, Ravels Bolero, Schlingensiefs Opernprojekt in Afrika, die Aneignung klassischer Musik durch Schwarzafrikaner und Asiaten oder die Internationalisierung der Kunst, wie sie auf der Documenta in Kassel zu beobachten ist, ohne kulturelle Aneignung oder besser interkulturellen Austausch nicht denkbar wären.

Ökonomische und soziale Freiheit

Im Begriff der freien Marktwirtschaft ist der Freiheitsanspruch für ökonomisches Handeln ideologisch fest verankert. Er zielt auf die unternehmerische Freiheit, die weitgehend vor dem Einfluss des Staates geschützt bleiben soll. Die herrschende wirtschaftswissenschaftliche Lehre behauptet seit Adam Smith, dass liberale Wirtschaftssysteme am besten dazu geeignet seien, Wohlstand zu erzeugen. Das wird jedoch im Zuge der Globalisierung zunehmend infrage gestellt. So wird nicht nur die weltweit wachsende und dramatisch sich zuspitzende soziale Ungleichheit dagegen eingewendet, sondern auch das Phänomen China. Es kann als Beispiel dafür gelten, dass unter autoritärer staatlicher Ägide eine erstaunliche ökonomische Entwicklung unter streng regulierten marktwirtschaftlichen Bedingungen erheblichen gesellschaftlichen Reichtum erzeugen kann.

Damit rückt die Frage der sozialen Freiheit in den Vordergrund. Unter dem Oberbegriff der Selbstbestimmung geht es ihr im Unterschied zur Freiheit des Unternehmertums um die Freiheit der abhängig Arbeitenden. Im Verhältnis von Kapital und Arbeit sind die Machtbeziehungen und ihre gesellschaftliche Ausgestaltung

zu betrachten. Aus der Verfügungsmacht des Unternehmers über die Arbeitskraft resultiert die Einschränkung des Selbstbestimmungsrechtes des Arbeitnehmers am Arbeitsplatz. Selbst das Bundesarbeitsgericht hat in einem Grundsatzurteil zum Streikrecht dem Rechnung getragen, indem es ein Machtgefälle zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer konstatiert, das nur durch den Streik in ein Gleichgewicht gebracht werden kann. Die Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts der Arbeitnehmer wird jedoch durch allgemeine Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmungsrechte, die im Betriebsverfassungsgesetz und im Mitbestimmungsgesetz verankert sind, abgemildert. Gleichwohl ist die politische Diskussion um eine für unverzichtbar erachtete Demokratisierung der Wirtschaft nach wie vor im Gange, um der Selbstbestimmung der Arbeitnehmer mehr Geltung zu verschaffen. Dabei geht es auch um die Frage, inwieweit die freie Marktwirtschaft, die von den Wirtschaftsliberalen ideologisch gerne als zentrale Säule der Demokratie bezeichnet wird, ja sogar mit ihr gleichgesetzt wird, nicht letztlich auf eine unvollendete Demokratie verweist, die durch die Demokratisierung der Wirtschaft überwunden werden muss. Dem liegt die Idee zugrunde, dass nur so soziale Freiheit in letzter Konsequenz zu gewährleisten sei. Eine wahrhaft demokratische Gesellschaft müsse sich mindestens für eine demokratiekonforme Marktwirtschaft anstelle einer marktkonformen Demokratie entscheiden. Soziale Freiheit kann demnach im gesellschaftlichen Maßstab nur durch demokratische Strukturen in der Wirtschaft gewährleistet werden.

Die soziale Freiheit des Einzelnen definiert sich jedoch auch maßgeblich durch die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Der Grad der Freiheit bemisst sich nach der Teilhabe an öffentlichen und privaten Gütern des persönlichen Bedarfs und dem Zugang dazu. Sie hängt weitgehend von der Verfügung über Geldeinkommen und die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen ab. Mithin ist die Sicherheit des Arbeitsplatzes eine Grundbedingung für soziale Freiheit anzusehen. Der ökologische Umbau der Wirtschaft und ihre digitale Anpassung erfordern allerdings, strukturell überholte Arbeitsplätze aufzugeben. Um die damit verbundene Unsicherheit abzufangen, sind soziale Brücken in neue Arbeitsfelder geboten.

Die sich ständig weiter öffnende Schere der sozialen Ungleichheit verdichtet sich als ökonomische Bedingung dieses Sachverhalts immer mehr zu einem brisanten Problem der Gegenwart. Das bedeutet, dass sich im Gefälle zwischen Reichtum und Armut Freiheit und Unfreiheit spiegeln. Dem Thema der sozialen Freiheit wird immer noch zu wenig wissenschaftliche und politische Aufmerksamkeit gewidmet. Das zeigt sich im anhaltenden Kampf um soziale Gerechtigkeit. Die politischen Unterschiede werden zwischen den Hauptrichtungen der politischen Ideologien sichtbar. Die Linke ist bekanntlich diesem Thema im Sinne einer Kernaufgabe stärker zugewandt als Liberale und Konservative und deshalb zwischen diesen politischen Lagern umstritten. Mindestlohn, soziale Grundsicherung und die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums wurden inzwischen zu zentralen Themen dieser Auseinandersetzung. In diesem Kontext ist die Diskussion über das Eigentum an Grund und Boden und eine Bodenreform neu entbrannt. Die neue Ampelkoalition bemüht sich, Lösungen zu präsentieren. Inwieweit dies gelingt, hängt maßgeblich davon ab, wie die Liberalen sich dazu verhalten. Ihre Tendenz, möglichst alles dem Markt zu überlassen, steht dem Interesse an staatlichen Interventionen fundamental entgegen. Die neu aufflammenden Inflationstendenzen bewirken, dass die Reallöhne wieder sinken. Daraus resultiert vor allem für die unteren Einkommensschichten die Einschränkung ihrer sozialen Freiheit, weil das Armutsrisiko steigt.

Im globalen Maßstab hat die soziale Ungleichheit inzwischen dramatische Formen mit schwerwiegenden Folgen für die soziale Freiheit der Betroffenen angenommen, ohne dass eine Wende zum Besseren erkennbar ist. Der Wohlfahrtsverband Oxfam hat kürzlich erst eine Studie veröffentlicht, mit der belegt wird, dass die reichsten Männer der Welt im Zuge der Pandemie ihr Vermögen verdoppelt haben. Gleichzeitig erreichte die Armutsquote in Deutschland mit 16,1% einen neuen Höchststand. Während Amazon-Gründer Jeff Bezos und Tesla- Chef Elon Musk und andere Superreiche sich die Freiheit leisten können, mit ihren Raketen in den Weltraum zu fliegen, stehen nicht genügend Mittel zur Verfügung, um weltweit die schlimmsten Armutskrisen, wie die Hungerkatastrophe in Afghanistan oder das Flüchtlingsdrama an der polnischen Grenze und die damit verbundene soziale Unfreiheit zu überwinden. Die internationale Bewegung „Occupy Wall Street“, die in der Folge der Finanzkrise 2008 entstanden ist, hat zwar an Dynamik verloren. Ihr Slogan „Wir sind die 99 Prozent“ will das verteilungspolitische und machtpolitische Missverhältnis zwischen den wenigen Superreichen und der übrigen Gesellschaft und damit die extrem ungleiche Verteilung der Freiheit anprangern.

Ökologische Freiheit

Die gegenwärtig zusehends dramatischer sich entwickelnde Klimakrise führt uns drastisch vor Augen, wie sehr wir die Freiheit der Natur missachten. Ihr überhaupt Freiheit zuzusprechen erscheint immer noch nicht selbstverständlich, obwohl das Recht der Natur auf Unversehrtheit in der UN-Menschenrechts-konvention verankert ist. Es sollte doch inzwischen allgemein anerkannt sein, wie sehr die Menschheit in den letzten Jahrhunderten ohne Rücksicht auf die Folgen die Natur ausgebeutet, zurückgedrängt und zerstört hat. Alle bisherigen Bemühungen, das Klima zu schützen und dem Verlust der Biodiversität entgegenzuwirken, sind bis

ankommen ...

www.praxis-adolfstrasse.de

Dr. Peters · Dr. Grunau
Praxis Adolfstraße 1 · 23568 Lübeck · Telefon 611 600

auf den heutigen Tag völlig unzureichend geblieben. Weil die Welt sich trotz des Pariser Abkommens nicht auf die dringend gebotenen Maßnahmen verständigen konnte, sieht sich die wissenschaftliche Fachwelt genötigt, mit immer dramatischeren Appellen darauf hinzuweisen, dass wir nicht korrigierbaren Kipppunkten bei den Klimaveränderungen immer näher kommen. Es wird prognostiziert, dass wir immer einschneidendere Maßnahmen zur Rettung des Klimas benötigen. Dabei ist unbestritten, dass die Politik Maßnahmen ergreifen muss, die auch auf Einschränkungen der Freiheit hinauslaufen. Das betrifft unsere Ernährungsweise im Kontext mit dem gebotenen Umbau der Landwirtschaft nicht weniger als die Art und Weise unseres Konsums, die Mobilitätswende nicht weniger als die Energiewende. Dabei werden die erheblichen Preissteigerungen im Energiesektor zu einem ernsten Problem. Einerseits ist die Erhöhung der Energiepreise als Anreiz zur Senkung des Verbrauchs gewollt. Andererseits werden die Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen dadurch unverhältnismäßig belastet. Es ist schon von einer „Greenflation“ die Rede, die die Akzeptanz der Klimapolitik beeinträchtigen könnte. Die Regierung versucht bereits ihre Energiepolitik anzupassen. Mit dem Schock des Ukraine-krieges wächst die Gefahr, dass die Gaspreise weiter steigen. Mit der Wahl der Ampel-Koalition in die Regierungsmacht haben die Wählerinnen und Wähler in Deutschland allerdings nur einen halbherzigen Schritt in die notwendige Richtung gewählt. Es steht zu befürchten, dass die Liberalen mit ihrer ideologischen Fixierung auf die Selbstregulierung der Marktkräfte und technologische Lösungen das Notwendige ausbremsen mit einer Politik, die im Blick auf die knapper werdende Zeit zu spät wirksam wird.

Das Bundesverfassungsgericht hat kürzlich in einem aufsehenerregenden Urteil klargemacht, dass die Klimapolitik nicht zulasten der Freiheit der jungen und künftiger Generationen gehen darf. Abgesehen davon, dass einmal mehr das höchste Gericht der Politik vorgeben muss, was zu tun ist, zeigt sich darin auch, dass das öffentliche Bewusstsein hinter den Erfordernissen der Zeit noch immer deutlich zurückbleibt. Anders ist nicht zu erklären, dass die Mehrheit in unserer Gesellschaft die politischen Forderungen der Jugendbewegung „Fridays for Future“ bisher nicht ernst genug genommen hat. Zwar hat die Mehrheit wohl verstanden, dass ein reines „Weiter so“ verantwortungslos wäre, jedoch sollen die erforderlichen Veränderungen möglichst wenig weh tun. Es steht zu befürchten, dass die Zeit dafür bereits vertan wurde. Allzu viele verhalten sich im Alltag immer noch so, wie sie es gewohnt sind. Die Flutkatastrophe im Ahrtal hat einerseits eine Welle der Hilfsbereitschaft ausgelöst, andererseits ist sie so schnell vergessen, wie viele andere Katastrophen vorher auch. Deshalb wächst die Skepsis, ob das notwendige Umsteuern gelingen kann. Denn zur Überwindung der Klimakrise geht es um nicht weniger als das Ausbalancieren eines neuen Gleichgewichts zwischen der Freiheit der Menschen und der Freiheit der überlebenswichtigen Natur, die mit ihrem Existenzrecht und ihrem Anspruch auf eine möglichst unbeschränkte Entfaltung wieder zu ihrem Recht kommen muss. Das wird sich als schwieriger und bisweilen schmerzhafter Anpassungsprozess erweisen. Im liberalen Selbstverständnis zuerst und ausnahmslos auf Freiwilligkeit zu setzen, wird nicht zum Ziel führen. Allzu viele Beispiele belegen, dass es ohne gesetzlich geregelte Einschränkungen nicht gehen wird. Auch hier ist damit zu rechnen, dass eine nicht eben kleine, unbelehrbare Minderheit dagegen mit dem Vorwurf einer Ökodiktatur auf die Barrikaden gehen wird.

Freiheit in der Pandemie

Die Erfahrungen im Umgang mit der Coronapandemie führen uns drastisch vor Augen, dass ein nahezu die gesamte Gesellschaft umfassendes solidarisches Handeln trotz redlicher und gründlicher Bemühungen um vollständige wissenschaftliche Aufklärung nicht zu erreichen ist. Die Behauptung einer solidarischen Gesellschaft erscheint als widerlegt. Ohne Zweifel verhält die große Mehrheit sich bei der Impfbereitschaft diesem Anspruch gemäß. Jedoch hat etwa ein Viertel der Gesellschaft, das der Querdenkerszene zuzurechnen ist, es geschafft, eine gefährliche Impflücke entstehen zu lassen. Gefährlich, weil durch sie erhebliche ökonomische und soziale Schäden und damit Einschränkungen der sozialen Freiheit verursacht werden. Wie verantwortungslos dieses Verhalten wirkt, zeigt sich vor allem darin, wie selbstverständlich und gnadenlos eine viel zu hohe Zahl von Pandemietoten in Kauf genommen wird.

Ohne Zweifel muss eine demokratische Debattenkultur sich der Frage stellen, inwieweit staatliche Einschränkungen individueller Freiheit angemessen, verhältnismäßig und somit politisch verantwortbar sind. Sie ist jedoch inzwischen gründlich diskutiert, abgewogen und durch Gerichte beurteilt worden. Dennoch hält der Widerstand nicht nur mit völlig irrationalen und unwissenschaftlichen Behauptungen an. Viele der „Spaziergänger“, die damit das Demonstrationsrecht unterlaufen wollen, nehmen im Kauf, dass Bannerträger des Rechtsradikalismus die Aktionen organisieren und anführen und aggressiv eine Coronadiktatur behaupten. Im Namen eines angeblichen Freiheitskampfes mobilisieren sie gegen die parlamentarisch legitimierte Gesundheitspolitik der Regierungen von Bund und Ländern und damit gegen die Demokratie. Nicht zu Unrecht wurden die Impfgegner bereits als Freiheitsegoisten bezeichnet. Es muss erschrecken, dass nicht gerade Wenige, die der Links-Alternativen Szene zugerechnet werden, sich dabei instrumentalisieren lassen. Irritieren muss ebenso, in welch hohem Maße Verschwörungsideologien Anhänger finden. Dabei sind nicht nur Aberglauben und Sektierertum im Spiel. Das Symbol des Aluhuts suggeriert auf eine ins Lächerliche abrutschende Weise angebliche Wissenschaftlichkeit. Abgesehen davon, dass die Einordnung so mancher sich alternativ nennender „Querdenkerei“ in das linke politische Spektrum zu hinterfragen ist, nur weil sie sich gegenüber den politischen Eliten und der herrschenden Meinung kritisch verhält. Dort kursierende Verschwörungsideologien können allerdings auch als ein verzerrtes Echo auf die Kritik an der Macht von Superreichen wie Bill Gates interpretiert werden.

Besonders irritierend erscheint dabei, dass den Coronaleugnern und Impfgegnern in den Medien, in Talkshows und Interviews sehr viel Raum gegeben wurde. Der öffentliche Diskurs hat sich in erschreckendem Maße in eine irrationale und verschwurbelte Debatte hineinziehen lassen. Einige Diskussionsteilnehmer meinten sogar, den Impfverweigerern beispringen zu müssen. So hat in der 3-Sat-Sendung „Kulturzeit“ eine Philosophin davor gewarnt, sie zu Sündenböcken zu machen. Soll das heißen, dass die Feststellung namhafter Intensivmediziner, die Ungeimpften hätten in der Deltawelle die Intensivstationen an ihre Belastungsgrenze gebracht, unzulässig ist? Es muss doch möglich bleiben, die Verursacher der Probleme beim Namen zu nennen, ohne sich am Ende dem Vorwurf Gutmeinender auszusetzen, Coronaleugner und Impfgegner zu stigmatisieren. Letztere versuchen ohnehin unter der Ägide neofaschistischer

Kräfte ideologisch auf zynische Weise eine Täter-Opfer-Umkehr zu propagieren. Indem sie sich den Judenstern anheften, relativieren sie nicht nur den Holocaust und verhöhnen dessen Opfer, sondern stilisieren sich mittels einer bösartigen Verdrehung der Tatsachen zu Sündenböcken einer angeblichen Coronadiktatur. Mit zu weit gehender, naiver Toleranz gegenüber rechtsradikalen, demokratiefeindlichen „Spaziergängern“ verteidigen wir weder die Demokratie, noch den solidarischen Zusammenhalt der Gesellschaft und schon gar nicht die historische Wahrheit.

Es muss aber noch mehr erschrecken, dass der Staat und insbesondere die Polizei als Träger seines Gewaltmonopols sich im Umgang mit den Protesten geradezu weggeduckt haben. Die Regierung Merkel hatte von Beginn der Pandemie an eine laxe, eher zaghafte Haltung entsprechend ihrer wohlbekannten Neigung, im Zweifel lieber nichts zu tun, an den Tag gelegt. Die unnötige Selbstbeschränkung auf bloß freundliche Appelle hat sich besonders negativ in der Frage der Impfpflicht gezeigt. Das voreilige Versprechen aus allen politischen Parteien, dass es diese nicht geben werde, hat deren Einführung bis heute erschwert. Zu beklagen ist auch, dass der Staat sich schwach gezeigt hat bei der Entwicklung und Durchsetzung einer massiven und wirksamen Impfkampagne. Albrecht von Lucke kritisiert deshalb in den Blättern für deutsche und internationale Politik zu Recht (1’22), dass die Ungeimpften nicht nur eine unangemessene Macht über die Zustände in den Krankenhäusern und hinsichtlich anhaltender Einschränkungen demokratischer Freiheiten ausüben. Vielmehr hätten die Coronaproteste die Politik einem Belagerungszustand durch einen sich immer radikaler gebärdenden, höchst unzivilen Teil der „Zivilgesellschaft“ ausgesetzt. Betroffen davon ist die gesundheitliche Situation der gesamten Bevölkerung und das ganz besonders zum Nachteil von Kindern und Jugendlichen und deren psychischer Gesundheit. Es muss zutiefst beunruhigen, dass die offen systemfeindliche Aggressivität der Anti-Corona-Proteste inzwischen in Teilen der gesellschaftlichen Mitte auf Akzeptanz stößt. Die neue Ampelkoalition hat deshalb kein leichtes Erbe übernommen. Obwohl die konservative Opposition für die Impfpflicht ist, hat sie sich, statt deren Einführung zu unterstützen, aus parteitaktischem Kalkül in die Büsche geschlagen. Das macht es nicht leichter. Die Regierung muss dem Protest entschieden widersprechen, statt zu harmonisieren. Sie muss überzeugende Ergebnisse liefern, durch die die Pandemie erfolgreich bekämpft wird und durch die wir aus dem ständig sich wiederholenden Zirkel von Einschränkungen und Lockerungen endlich herauskommen. Nur so kann durch die Pandemie verloren gegangene Freiheit zurückgewonnen werden. Alles andere würde bedeuten, vor den Coronaprotesten zu kapitulieren und auf ein Politikversagen mit fatalen Folgen für die Demokratie hinauslaufen.

Erschwerend hinzu kommt, dass eine verbreitete Wissenschaftsskepsis in der öffentlichen Debatte eine nicht unwesentliche Rolle spielt. Es sind nicht nur die neuen digitalen Medien, die diese Entwicklung mittels Desinformation begünstigt haben, sondern auch der öffentlich ausgetragene Wissenschaftsstreit schafft eine Atmosphäre der Verunsicherung. Selbstverständlich kann kein Wissenschaftler für sich in Anspruch nehmen, im Besitz absoluter Wahrheit zu sein. Das können nur Religionen behaupten, die sich auf Glauben stützen. Wissenschaftliche Erkenntnis bleibt immer relativ und kann nur so lange gelten, wie sie nicht durch neue Erkenntnisse widerlegt ist. Es ist eine Frage von Wissen und Bildung, damit vernünftig umzugehen. Die Idee der Vernunft verlangt jedoch gleichwohl, dass wir unser Handeln am Stand wissenschaftlicher Erkenntnis ausrichten. Das Problem der Pandemie besteht aber auch darin, dass Erkenntnisse in relativ kurzen Abständen immer wieder revidiert werden mussten. Das macht die Situation unübersichtlich und somit angreifbar und anfällig für die Unterwanderung durch Desinformation. Zur Wissenschaftsskepsis hat zudem die Praxis finanzmächtiger Pharmakonzerne beigetragen, käufliche Wissenschaftler gegen unliebsame Studien in Stellung zu bringen und dabei unseriöse Methoden anzuwenden.

Sowohl in der Fachwelt der Virologen und des Robert-Koch-Instituts als auch bei einer Mehrheit der Politiker sowie der Gesellschaft ist kaum umstritten, dass die Impflücke noch immer deutlich zu groß und die Gefahr neuer Coronawellen insbesondere durch Mutationen im Herbst zu hoch ist. Neueste Erkenntnisse zeigen auf, dass eine Durchseuchung der Bevölkerung und die Herstellung von Herdenimmunität keine Lösung darstellen. Gerade in der Omicronwelle hat sich herausgestellt, dass eine Erkrankung eine Impfung nicht ersetzen kann, weil nur durch sie genügend Antikörper erzeugt werden, die für einen ausreichenden Schutz erforderlich sind. Deshalb erscheint es geboten, sowohl die Impfbereitschaft in der Bevölkerung durch eine Vielzahl von geeigneten Maßnahmen zu erhöhen, aber zugleich auf das staatliche Instrument einer Impfflicht nicht zu verzichten. Einzufordern ist die Solidarität der Ungeimpften, die darin besteht, sich mitverantwortlich mit denen verbunden zu fühlen, die nach wie vor durch das Virus mit dem Tode bedroht sind. Diese Verbundenheit und Mitverantwortung muss auch Rücksicht darauf nehmen, dass der Allgemeinheit nicht unnötige Lasten und Einschränkungen aufgebürdet werden.

Sanfte Medizin für schöne Zähne

DR. WECKWERTH & PARTNER

Zahnärzte

Mo. - Fr. 7:00 bis 20:00 · Sa. 7:00 bis 13:00
ganzjährig geöffnet

St. Hubertus 4 · 23627 Groß Grönau
Tel. 04509 / 1558 · www.dr-weckwerth.de

Das Solidaritätsprinzip bedeutet nämlich auch, sich gegenseitig gegen Risiken abzusichern. Darauf zu verzichten, es notfalls auch mit einer Impfpflicht einzufordern, heißt in letzter Konsequenz, zu viel Rücksicht auf die Rücksichtslosen zu nehmen. Der Staat hat in einer pandemischen Lage mit der so noch nicht erlebten Tragweite nicht nur das Recht, sondern auch die verfassungsmäßige Pflicht, den Bürgerinnen und Bürgern ein Sollen, sich impfen zu lassen, aufzuerlegen. Sollen heißt Müssen, begründete Ausnahmen sind möglich. Es bedeutet nicht körperlichen Zwang. In der Abwägung zwischen dem Schutz von Leben und der Gewährleistung der körperlichen Unversehrtheit sollte klar sein, was höher zu bewerten ist und wofür sich der Staat entscheiden muss, zumal wissenschaftlich und durch die Erfahrung mit Millionen Impfungen erwiesen ist, dass der Piks und seine Nebenwirkungen bis auf ganz wenige Ausnahmen keine dramatischen Folgen haben.

Vielen Impfgegnern erscheint offenbar das eigene Interesse als absolut Gesetztes über allem zu stehen, auch über einer verantwortungsvollen Rechtsgüterabwägung mit dem Allgemeinwohl. Darin drückt sich, vorsichtig ausgedrückt, ein fragwürdiges Demokratie- und Freiheitsverständnis aus. Wenn die Impfgegner dann noch durch Argumente nicht mehr zu erreichen sind, muss der Staat das übergeordnete Interesse wahren. Selbst die Liberalen in der Regierung sind als die traditionellen Verteidiger bürgerlicher Freiheitsrechte in Teilen dafür aufgeschlossen. Eine fast schon libertäre Gruppe unter ihnen, die die Impfpflicht prinzipiell ablehnt, ist zu respektieren. Sie darf jedoch nicht das Gesetz des Handelns bestimmen und das Notwendige ausbremsen. Es ist zu hoffen, dass die Liberalen sich in der Frage der Impfpflicht nicht zur Opposition innerhalb der Regierung entwickeln und deren Handlungsfähigkeit untergraben. Der Staat kann in dieser Situation nicht auf die Ausübung seiner Macht verzichten. Er muss in Anlehnung an Max Webers Definition von Macht dazu stehen, seinen politisch gründlich abgewogenen und demokratisch legitimierten Willen auch gegen die Widerspenstigen durchzusetzen, sonst läuft er Gefahr, seine politische Aufgabe zu verfehlen.

Aus der Vorsteherschaft

Dieser kleine Bericht fasst die Vorstehersitzungen im Februar und im März zusammen. Die Februarsitzung war eine Video-Konferenz, in der kurz und knapp einige Beschlüsse gefasst wurden, die hauptsächlich Personalangelegenheiten betrafen. Der März-Sitzung, die in Präsenz stattfand, ging eine Sitzung des Arbeitsschutzausschusses voran, der Arbeitsschutzausschuss ist personell identisch mit der Vorsteherschaft. Man saß diesmal im Gartensaal der Gemeinnützigen, auf Abstand mit FFP2-Masken. Hierbei konnte dann auch die Rote Mappe herumgereicht werden, in der sich noch Weihnachtspost befand. Zusätzlich konnten in der Februarsitzung zwei Musikveranstaltungen mit Mitteln aus der Prof. Dr. Julius Edelhoff-Stiftung zur Förderung der Kirchenmusik in Lübeck bewilligt werden. In der Märzsitzung berichtet die Leiterin der Verwaltung, Frau Ziehm, u.a. über neue Corona-Maßnahmen am Arbeitsplatz, über Aufgaben im Datenschutz, Neues aus IT und Telefonie und Personalangelegenheiten. Es wird danach von der Vorsteherschaft der Abschluss eines Mietvertrages für die Räumlichkeiten Hinter den Kirschkaten beschlossen, die befristet für die Zeit des Umbaus der Kunstschule von dieser genutzt werden. Auch ein Antrag der Kunstschule wird genehmigt: Die Angebote der Integrationskurse „Kunst verbindet – Offenes Atelier für Menschen mit und ohne Behinderung“ sind bislang durch „Aktion Mensch“ und den Verein „Zwischenräume e. V.“ gefördert worden. Diese Fördermittel laufen aus und sollen im Herbst neu beantragt werden. Die Vorsteherschaft bewilligt die finanziellen Mittel für den Weiterbetrieb des Kurses in der Überbrückungszeit durch Mittel aus einer nicht zweckgebundenen Spende. Die Vorsteherschaft beschließt ebenso die Anschaffung einer App zur Vereinfachung von administrativen Abläufen in der Kunst-Kita Storchennest.

Antje Peters-Hirt berichtet über den Start der Reihe „Mittwochsbildung“, die Fortsetzung der Reihe beginnt am 30. März (siehe auch unter Meldungen in diesem Heft). Es werden schon Termine für die Beratungsversammlung und das Stiftungsfest festgelegt, Beratungsversammlung ist am 09. November 2022 geplant, das Stiftungsfest am 25. November.

Insgesamt gab es in diesem Zeitraum drei Austritte, drei Neuaufnahmen, aber vier Mitglieder sind leider verstorben, so dass sich der aktuelle Mitgliederstand auf 1.605 beläuft.

Doris Mührenberg, Vorsteherin

*mittwochs*Bildung

Mittwoch, 30. März 2022, 19.30 Uhr
Corona und die Zukunft von Schule und Gesellschaft

Prof. Dr. Hartmut Rosa
Professor für Allgemeine und Theoretische Soziologie am Institut für Soziologie der Friedrich Schiller-Universität Jena

Die Mittwochsbildung beginnt unter dem Oberthema „Zukunftsideen machen Schule“ wieder! Neben Praxis und „frischer Forschung“ von ausgewiesenen Referentinnen und Referenten setzen wir wieder auf best practice Beispiele. An acht Vortragsabenden sowie in diversen Filmvorführungen widmen wir uns den verschiedenen Aspekten des Themas.

Rosa beschäftigt sich mit den Themen Beschleunigung und Entfremdung in der Gesellschaft der Moderne, dem Finden von Resonanz im Leben, der Unverfügbarkeit als dem Gegenteil der Verfügbarkeit von allem und jedem, jederzeit und an jedem Ort sowie aktuell mit der Gesellschaft und der dazugehörigen Theorie in der Spätmoderne, also an einem Ort, wo wir uns befinden.

Der weitbekannte Soziologe aus Jena macht den Auftakt nach einer zweijährigen Zwangspause und erläutert in einem Überblicksvortrag den Zusammenhang zwischen Pandemie und der Zukunft unserer Gesellschaft unter besonderer Berücksichtigung der Situation der Schule.
Großer Saal der Gemeinnützigen, Königstraße 5

Eintritt frei

Redaktionsschluss
für das am 9. April erscheinende
Heft 7 der Lübeckischen Blätter ist am
Donnerstag, dem 31. März 2022.

Kino Koki

Im Jahre 2021 öffnete KOLK 17 mit dem Projekt „Who's Talking?“ erstmals das Depot der Figurentheatersammlung für künstlerische Auseinandersetzungen. Dazu wurden sechs internationale Künstler*innen aus dem Bereich Performance und Figurentheater eingeladen, sich mit der Sammlung zu beschäftigen und künstlerische Positionen zu entwickeln. Drei Arbeiten wurden zu umfangreichen filmischen Dokumentationen ausgearbeitet, die nun erstmals im KOKI gezeigt werden. Museumsdepot als heiliger Hain? Filmreihe zu „Who's Talking“:

„Treffen der Ahnen“ von Momo Ekissis
03. April 2022, 11.00 Uhr

Die Filme werden in der Originalsprache mit englischen Untertiteln gezeigt. Nach den Filmvorführungen finden Künstler*innengespräche auf Deutsch mit Übersetzung statt. Momo Ekissis spricht im Kino Koki mit Figurenspieler Stephan Schlafke.

Ausstellung im Holstentor

Anlässlich des 80jährigen Jahrestages der Wiederkehr der Palmsonntagnacht

Bittersüß – Der Tortenfund von Lübeck 1942

Der Bereich Archäologie stellt die 79 Jahre nach dieser Schicksalsnacht gefundene Torte aus, um an die Schrecken von Krieg, Flucht und Vertreibung zu erinnern:
Vor 80 Jahren in der Palmsonntagnacht 1942 flog die Royal Airforce ihren bislang stärksten Angriff auf eine deutsche Stadt, und zwar einen flächendeckenden Angriff auf ein Wohnviertel. Auch in der Alfstraße wurden die Gebäude getroffen, und das Haus Alfstraße 18 brannte aus – aber eine Torte, gedacht für eine Kaffeetafel, überdauerte zwischen Trümmerteilen im zugeschütteten Keller, bis sie bei Ausgrabungen 2021 wieder entdeckt wurde.

Freitag, 25.03.2022 bis Sonntag, 24.04.2022
Di – So 11 – 17 Uhr (11 – 18 Uhr ab 01.04.2022)

Dienstagsvorträge

Dienstag, 29.03.3022, 19.30 Uhr

Mit dem Postschiff zum Polarkreis – Der winterliche Weg nach Norden mit der Hurtigrute
Olaf Buhrmester

Im dunklen skandinavischen Winter mit dem Postschiff der „Hurtigrute“ bis über den Polarkreis reisen ist nicht jedermanns Sache. Bärbel und Olaf Burhmester haben sich auf den Weg gemacht und sind mit unvergesslichen magischen Momenten belohnt worden. Olaf Buhrmester hat diese Eindrücke mit der Kamera festgehalten und zu einer Multivisionsschau verarbeitet, in der er von dieser winterlichen Reise entlang der norwegischen Küste erzählt, von den Bewohnern und von der Landschaft, die im blauen Licht des Polarwinters eine magische Kraft ausstrahlt.
Gemeinsam mit der Photographischen Gesellschaft Lübeck e. V.
Großer Saal der Gemeinnützigen, Königstraße 5
Eintritt frei

Dienstag, 05.04.2022, 19.30 Uhr
Der Schlüssel zum Theater – 100 Jahre Volksbühne Lübeck. Michael P. Schulz
Der Referent gibt einen Überblick über 100 Jahre Volksbühne Lübeck, dabei zeichnet er die Geschichte der Besuchergemeinschaft nach, begleitend werden historische Video-Einspielungen gezeigt.
Gemeinsam mit den Lübecker Ballettfreunden e. V.
Großer Saal der Gemeinnützigen, Königstraße 5
Eintritt frei

Treibsand

Freitag, 01.04. 2022, 20.30 (Doors) 21.30 Showtime

Razzzones und Konrad Küchenmeister – Beatboxing, Hip Hop Elektro

The Razzzones sind vier Beatboxer, die Unglaubliches aus ihren Stimmen zaubern. Nur mit Mund und Mikrofon erzeugen sie Geräusche, Songs und ganze Klangwelten. Sie überraschen uns mit einer stimmlichen Variationsfülle. Trompetensolos und rasante Gitarrenrifs, fette Beats und Bässe, der Sound der vier Stimmkünstler klingt mal nach einer Band dann wieder wie ein ganzes Orchester. Stilsicher variieren die herausragenden Musiker von Rock, Pop und Hip Hop über Soul und Jazz bis hin zu elektronischen Club Sounds.
Konrad Küchenmeister: Fette, basslastige, tanzbare und handgemachte Loop-Musik – Drum'n'Bass – Reggae -Dubstep – Ska – Balkan – Dub. Mit seinen Loopstations nimmt Konrad Kuechenmeister seine Stimme und Beatbox, seine Instrumente und manchmal auch das Publikum live auf. Mit diesen Aufnahmen „Loops“ kreiert er Songs, Improvisationen und mit Effekten versetzte, groovige Beats zum Abfeiern.
VVK/AK 11€/13€
Willy-Brandt-Allee 9

Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit

Die Gemeinnützige

Direktorin: Angelika Richter
Königstraße 5, 23552 Lübeck, Tel.: (0451) 58 34 48 0
Büro Montag bis Freitag in der Zeit von 9 bis 13 Uhr geöffnet
Bankkonto: Sparkasse zu Lübeck IBAN DE85 2305 0101 0001 0000 17

Stellvertretender Direktor: Titus Jochen Heldt
E-Mail: info@die-gemeinnuetzige.de
Internetadresse: www.die-gemeinnuetzige.de

Impressum: LÜBECKISCHE BLÄTTER www.luebeckische-blaetter.info

Herausgeberin: Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit, Königstraße 5, 23552 Lübeck, Telefon: (0451) 58 34 48 0. Verantwortlich: Doris Mührenberg

Verantwortliche Redakteurin (V.i.S.d.P): Doris Mührenberg (kommissarisch), Telefon (0451) 70 20 396 oder 122-7160, E-Mail: info@luebeckische-blaetter.info

Die Zeitschrift erscheint 14-täglich außer in den Monaten Juli/August. Die Artikel stellen keine offiziellen Meinungsäußerungen der Gesellschaft dar, sofern sie nicht ausdrücklich als solche gekennzeichnet sind. Für den Abdruck von Artikeln und Fotos wird eine Vergütung nicht gewährt. Die Kürzung eingesandter Artikel bleibt vorbehalten. Einzelpreis: € 2,60. Für Mitglieder der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Verlag und Druck: Max Schmidt-Römhild GmbH & Co. KG, Konrad Adenauer Str. 4, 23558 Lübeck, Telefon: (0451) 7031-207
E-Mail: info@schmidt-roemhild.de

Anzeigenredaktion (V.i.S.d.P): C. Kermel, E-Mail: ckermel@schmidt-roemhild.com, Telefon: (0451) 7031-279

ISSN 0344-5216 · © 2022

SCHMIDT RÖMHILD DEUTSCHLANDS ÄLTESTES VERLAGS- UND DRUCKHAUS

gewusstwo

www.gewusst-wo.de